

und die jetzt in der SED ihre Interessenvertretung sehen. Aber diese Initiative der SED schränkt in keiner Weise die Selbständigkeit der beiden anderen Parteien ein, sondern kann nur dazu beitragen, daß diese auch von ihrer Seite aus in gleicher aktiver Weise für die Interessen des werktätigen Volkes eintreten. Vor allem hat diese Zusammenarbeit die große Bedeutung, daß die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in den beiden bürgerlichen Parteien durch die Arbeit des Gemeinsamen Ausschusses gestärkt und die rückschrittlicheren Kräfte zurückgedrängt werden.

Die Verständigung im Blockausschuß geht von dem politischen Grundsatz aus, dem Volke in seiner Not zu helfen und Sicherungen dafür zu schaffen, daß niemals mehr die reaktionären Kräfte die Oberhand gewinnen. So wird alles in dieser Zusammenarbeit zurückgestellt, was als Trennendes zwischen den Parteien steht, und alles in den Vordergrund gestellt, was sie in der Erfüllung dieser großen Aufgaben eint. Dabei sollen die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten keineswegs verschleiert, sondern in ernster, sachlicher Diskussion ausgetragen werden. Mögen die reaktionären Kräfte in berechtigter Sorge über diese Verständigung der Parteien zittern und alles versuchen, die Parteien auseinanderzubringen. Die hohe Verantwortung, von der sich die Parteien bei der Arbeit für das deutsche Volk leiten lassen, wird alle diese Versuche zerschlagen und nur dazu beitragen, daß die Parteien noch größeres Gewicht auf die Verständigung in allen, auch den kompliziertesten Fragen in der Entwicklung Deutschlands und unseres Volkes legen. In diesem Geiste vorwärts auf dem Wege zu einem neuen, demokratischen Deutschland und der Eingliederung unseres deutschen Volkes in die Gemeinschaft der demokratischen und friedliebenden Völker.

*Rundfunkansprache, 12. Juli 1947.*

## Arbeiter, Bauern, Handwerker! Schafft gemeinsam die demokratische Ordnung!

Die SED ist eine Partei des schaffenden Volkes. Sie vertritt die Interessen sowohl der Arbeiter wie auch der Bauern und Handwerker und der werktätigen Intelligenz. In einer Zeit des großen Mangels an Nahrungsmitteln, an allen Bedarfsgütern des täglichen Lebens wird es jedem Menschen klar, daß die Besserung der Lage nur durch die gemeinsamen Anstrengungen aller werktätigen Teile des Volkes möglich ist.

Die Reaktion hat es aber immer verstanden, die einzelnen Schichten des Volkes gegeneinander auszuspielen. Sie schuf den ewigen Gegensatz zwischen Stadt und Land. Systematisch wurden die Arbeiter gegen die Bauern, die Bauern gegen die Arbeiter aufgehetzt. Wenn Handwerk und Handel infolge der hohen Monopolpreise daniederlagen, wurden von den reaktionären Politikern und Wirtschaftlern die Gewerkschaften für schuldig erklärt, weil sie zu hohe Lohnforderungen für die Arbeiter stellten. Auf diese Weise verschleierten die Junker und Monopolherren die wahren Ursachen der Krisen und Arbeitslosigkeit und machten das Volk zum Werkzeug ihrer Aufrüstungs- und Kriegspolitik. Der Krieg erforderte von unserem Volke, insbesondere von den werktätigen Schichten, ungeheure Opfer. Millionen stehen vor dem Ruin und wissen nicht, wie sie wieder zu einer bescheidenen, aber gesicherten Existenz kommen können. Es ist die Sache der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes, dafür zu sorgen, daß nicht noch einmal die Initiatoren des Krieges, die Interessenten an der Ausplünderung anderer Völker, zur Macht kommen und die werktätigen Schichten für ihre Zwecke mißbrauchen können.

Die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchgeführten Maßnahmen zur Demokratisierung sind entscheidende Voraussetzungen für einen völligen Wandel der Machtverhältnisse. Junker, Bankfürsten und Großindustrielle verfügen in der

sowjetischen Besatzungszone Deutschlands über keinerlei Machtpositionen mehr. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, die große Zahl landeseigener Betriebe geben den Arbeitern, Technikern und Ingenieuren weitgehende Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Gestaltung der Produktion und ihre gerechte Verteilung.

Die Bodenreform beseitigte die materielle Basis der Herrschaft der Großgrundbesitzer und nahm ihnen damit auch die Möglichkeit der politischen Herrschaft im Dorfe. Alt- und Neubauern schufen sich mit der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe eine Organisation zur höchstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des gerechten Austausches mit industriellen Erzeugnissen. Bauer und Arbeiter, diese beiden großen Teile des Volkes, leben einzig und allein von ihrer eigenen Hände Arbeit. Was der Bauer über seinen Bedarf erzeugt, benötigt der Arbeiter. Was der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten erzeugt, benötigt zum übergroßen Teil der Bauer. Es kommt also darauf an, einen gerechten Austausch der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zu schaffen. Da aber in der Landwirtschaft wie in der Industrie noch weniger erzeugt wird, als die Bevölkerung bedarf, ergeben sich hieraus die großen Nöte unseres Volkes. Wir müssen einen Weg finden, der uns aus dieser Not herausführt. Es bedarf der Überlegung der besten Köpfe unseres Landes, der Arbeiter und Bauern, der Techniker und Kaufleute, der Fachleute der Verwaltung und des Verkehrs, um die Produktion zu steigern und ihr Ergebnis reibungslos an die Verbraucher zu bringen. Dabei kann durch die Einschaltung der Genossenschaften viel erreicht werden. Unter keinen Umständen darf zugelassen werden, daß die noch vorhandenen Schwierigkeiten dazu benutzt werden, in der alten reaktionären Weise unter den Arbeitern eine Bauernfeindschaft, unter den Bauern ein tiefes Mißtrauen gegen die Arbeiter hervorzurufen. Wir können den Aufbau nicht gegeneinander, sondern nur miteinander vollbringen. Die Arbeiterschaft mit ihren reichen Organisationserfahrungen, ihren starken Gewerkschaften muß die Initiative bei der Schaffung eines gesunden Verhältnisses zwischen Arbeitern und Bauern ergreifen. Das Problem heißt: die industrielle Produktion dem landwirtschaftlichen Be-

darf anzupassen und die landwirtschaftliche Produktion restlos an die schaffenden Menschen zu verteilen.

Auch die gewerbliche Produktion der Handwerker darf hierbei nicht unterschätzt werden. In der sowjetischen Besatzungszone sind fast eine Million Menschen in handwerklichen Betrieben tätig. Wenn auch ein großer Teil der Handwerker mit Reparaturen beschäftigt ist, so ist auch diese Arbeit bereits für die Wiederingangsetzung der Produktion des Verkehrs von großer Bedeutung. Die neue Produktion der kleinen Handwerksbetriebe nimmt ständig an Umfang zu. Sie sind häufig gegenüber den mittleren und großen Betrieben im Vorteil, da sie aus vielen Abfallprodukten durchaus wertvolle Bedarfsgüter erzeugen. Aber andererseits herrscht bei vielen Kleinstbetrieben das Bestreben vor, wertvolle Rohstoffe für irgendwelche unwichtige Sachen zu verarbeiten, nur um damit Geschäfte zu machen.

Den Arbeitern in diesen kleinen Betrieben und den Gewerkschaften erwächst eine wichtige Aufgabe: die Einschaltung dieser handwerklichen Produktion für die Deckung des dringendsten Bedarfes und insbesondere des Bedarfes der Landwirtschaft. Arbeiter und Bauern sind durchaus an der Steigerung der handwerklichen Produktion interessiert, soweit sie der Förderung unseres wirtschaftlichen Aufbaus dient. Das Problem ist auch hier wiederum, die Handwerker zu überzeugen, daß ihre Besserstellung nur möglich ist, wenn sich die Gesamtlage der Arbeiter bessert. Die letzten zwei Jahrzehnte mit der Scheinblüte Ende der zwanziger Jahre, der großen Krise Anfang der dreißiger Jahre, der Aufrüstungskonjunktur, dem Krieg mit dem schrecklichen Ende haben zur Genüge bewiesen, daß sich nicht eine werktätige Schicht auf Kosten der anderen auf die Dauer Vorteile verschaffen kann. Arbeiter, Bauern und Handwerker sind aufeinander angewiesen. Des einen Wohl ist auch das Wohl des anderen.

Unsere Partei weist den Arbeitern, Bauern und Handwerkern einen neuen, demokratischen Weg und hilft ihnen, sich ein besseres, gesichertes und friedliches Leben zu verschaffen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
22. August 1947.*

# Die Bedeutung des II. Parteitages der SED

## I

Dem II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der vom 20. bis 24. September in Berlin stattfindet, kommt eine außerordentlich hohe innen- und außenpolitische Bedeutung zu. Diese Bedeutung ergibt sich aus der politischen und wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland befindet, und im Hinblick auf die im November in London stattfindende Außenministerkonferenz der alliierten Großmächte, auf der über die wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes entschieden werden soll. Dem Parteitag der SED obliegt es, in dieser Zeit in eindeutiger Weise zu der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands Stellung zu nehmen, dem deutschen Volke den Weg zu weisen, auf dem es aus der furchtbaren Not herauskommt, in die es durch die Hitlerbande und ihre großkapitalistischen und großgrundbesitzenden Auftraggeber hineingetrieben wurde, und die Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck zu bringen, die das deutsche Volk auf die Londoner Außenministerkonferenz setzt, um endlich den Friedensvertrag zu erhalten, der ihm die Basis für die Gestaltung seiner Zukunft verschaffen soll.

Es ist keine Anmaßung, wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihrem Parteitag diese Bedeutung beimißt, es ist vielmehr das hohe Verantwortungsbewußtsein, von dem die Partei gegenüber dem deutschen Volke erfüllt ist. Das deutsche Volk hat keine andere politische Partei, die mit solcher Klarheit und Konsequenz für die Interessen unseres Volkes eintritt und die auch die Kraft zu entfalten vermag, unserem Volke wirklich zu helfen. Das ist erwiesen durch die große Tat, mit der vor mehr als Jahresfrist in der sowjetischen Besatzungszone die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vollzogen und damit die Einheit der

Arbeiterbewegung hergestellt wurde, die im Leben unseres Volkes die entscheidende Kraft zur Durchsetzung der großen wirtschaftlichen Aufgaben ist, die vor unserem Volke stehen.

In den „Grundsätzen und Zielen“, die der Vereinigungsparteitag seiner Aufgabe unterlegte, und in der jetzt zur Vorbereitung des II. Parteitages vorgelegten EntschlieÙung über die Politik der Partei ist der neue Weg aufgezeigt, den unser Volk gehen muß, um zu einem neuen, demokratischen und friedlichen Deutschland zu gelangen, und sind die Kampfmittel dargelegt, die es anwenden muß, um seine Feinde innerhalb des deutschen Volkes niederzuringen und Garantien für die Sicherung der Demokratie und der Verhinderung jedweder Aggression von deutscher Seite zu schaffen. Das ist der Weg, auf dem unser Volk sich wieder Vertrauen bei den anderen Völkern erwerben und seinen Platz in ihrer Mitte finden wird, das ist der Weg, auf dem es seine Not überwinden und dabei auch die Hilfe der anderen Völker in Anspruch nehmen kann, ohne damit seine staatliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu verlieren.

Das deutsche Volk kann nur hoffen und wünschen, daß es auf der Londoner Außenministerkonferenz im November zu einer Verständigung über die großen politischen Probleme kommt, die mit der Schaffung des deutschen Friedensvertrages verbunden sind und über die es auf der Moskauer Konferenz noch große Meinungsverschiedenheiten gab. Zu diesen Problemen gehört vor allem die staatliche Konstruktion Deutschlands, ob Einheitsstaat oder Bundesstaat, ferner die Festlegung der Wiedergutmachungsverpflichtungen und schließlich die Festsetzung der Grenzen Deutschlands. Das sind die entscheidenden Fragen, über die unser Volk Klarheit haben muß, um der Basis für die wirtschaftliche und politische Neugestaltung Deutschlands gewiß zu sein. Die Klärung dieser Fragen liegt nicht nur im dringendsten Lebensinteresse des deutschen Volkes, sondern ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Neugestaltung der europäischen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Überwindung der durch den Hitlerkrieg geschaffenen Not und der Sicherung des Friedens in Europa. Es muß also damit gerechnet werden, daß die Größe dieser Aufgabe und die hohe Verantwortung für ihre Erfüllung in London dazu führen wird, eine Ver-

ständigkeit zu erzielen. Aber gerade darum erhebt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit solcher Eindringlichkeit ihre Stimme im Namen des deutschen Volkes, ihm die Möglichkeit seines wirtschaftlichen Aufstiegs und der freien Gestaltung seines politischen Lebens auf der Basis der Demokratie und des Friedens mit den anderen Völkern zu geben.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erhebt mit dieser Hervorkehrung ihrer Verantwortlichkeit nicht den geringsten Totalitätsanspruch, durch den sie anderen Parteien das Recht und die Pflicht abspricht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und seine Interessen wahrzunehmen. Im Gegenteil, die Partei hat durch ihre Dokumente und vor allem durch ihre Praxis bewiesen, daß sie mit den anderen Parteien nicht nur zusammen arbeitet, sondern ihnen die gleiche Verantwortung für die Durchführung der großen Lebensaufgaben unseres Volkes auferlegt, die sie selbst auf sich nimmt. Wenn sich trotzdem ein Unterschied zwischen der SED und den anderen Parteien zeigt, so liegt er nicht darin, daß die SED irgendwelche Vorrechte gegenüber den anderen Parteien beansprucht, sondern daß sie stärker als die anderen Parteien die Initiative zu Maßnahmen gegen die reaktionären und für den Hitlerkrieg verantwortlichen Kräfte in Deutschland ergreift, diese Kräfte wirtschaftlich und politisch entmachtet, daß sie stärker als diese an der Beseitigung der Not unseres Volkes arbeitet, den wirtschaftlichen Aufbau fördert und die Einheit Deutschlands gegen die reaktionären Aufteilungspläne zu sichern sucht. Die wiederholt gegen diese Initiative der SED geäußerten Besorgnisse in den bürgerlichen Parteien können sehr leicht behoben werden, wenn diese Parteien mit der SED in der Entfaltung der Initiative wetteifern und damit am besten und stärksten zur Wahrung der Interessen unseres Volkes beitragen. Alles, was sonst gegen diese Zusammenarbeit der Parteien eingewandt und womit die SED diskreditiert werden soll, gehört in das Reich der gegnerischen Agitation im Dienste der Reaktion, die selbstverständlich diese Zusammenarbeit fürchtet, weil durch sie die Reaktion geschlagen und die Interessen des Volkes gewahrt werden.

Daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit der von ihr erstrebten Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutsch-

land, mit ihrem Kampf gegen die Reaktion, mit ihrer Zusammenarbeit mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften und Parteien, mit ihren Bestrebungen zur Milderung und Behebung der Not des werktätigen Volkes und für den wirtschaftlichen Aufbau, daß sie vor allem mit ihrem Kampf für die Einheit Deutschlands auf dem richtigen Wege ist und auf diesem Wege immer stärker die werktätigen Massen für den Kampf mobilisiert, ihr Vertrauen gewinnt — das wird bestätigt durch die konzentrierte Hetze, die die reaktionären Kräfte in Deutschland und auch außerhalb Deutschlands gegen die SED entfalten. Gerade das schnelle Anwachsen der Partei und das Herannahen des Parteitages rufen in der gesamten reaktionären Presse geradezu eine Tollwut gegen die Partei hervor. Selbst die dümmsten Verleumdungen und Verdächtigungen werden erfunden, um das werktätige Volk gegen die Partei aufzuhetzen, vor allem aber, um das werktätige Volk dadurch vom Kampf gegen die Bestrebungen der Reaktion abzulenken. Die Reaktion hat sich sehr gefährliche Ziele gesteckt. Die am Kriege schuldigen junkerlichen Großgrundbesitzer und Konzerngewaltigen suchen mit allen Mitteln ihre alte Machtposition in Deutschland zu erhalten, schrecken dabei vor dem schlimmsten Landesverrat nicht zurück und versuchen vor allem, mit Hilfe ausländischer Monopolkapitalisten der demokratischen Neugestaltung Deutschlands entgegenzuwirken. Die einzige Kraft, die ihnen hierbei in den Weg tritt, ist die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, gestützt auf breite werktätige Massen, die ihr vertrauen und mit ihr kämpfen. Gegen diese Partei richtet sich also die ganze Stoßkraft der reaktionären Hetze der im Solde des Großkapitals stehenden bürgerlichen Presse. Besonders die in Berlin erscheinende Presse vom Schlage des „Tagesspiegel“, „Telegraf“, „Kurier“ und einige andere Blätter liefern täglich für diese Feststellung die eindeutigsten Beweise. Es ist das alte Spiel, mit dem die Reaktion dem werktätigen Volke den Blick für seine wahren Feinde trüben will, um es zu verwirren und von dem notwendigen Kampfe um die Wahrung seiner eigenen Interessen abzulenken. Sie fürchtet aber, daß es diesmal dem Einfluß der SED gelingen wird, dieses Spiel zu durchkreuzen. Darum die konzentrierte Hetze gegen die Partei.



Es widerspricht dieser Charakterisierung der Hetze gegen die SED nicht, daß in den Chor der reaktionären Hetzpresse auch die Zeitungen der Sozialdemokratischen Partei im Westen und in Berlin unter Führung von *Dr. Kurt Schumacher* einstimmen, die sich bemühen, an dummdreisten Fälschungen und Verunglimpfungen gegenüber der SED die bürgerliche Presse noch zu übertreffen. Die SED sieht nur insofern in der Sozialdemokratischen Partei eine sozialistische Partei, weil deren Mitglieder nicht nur dem werktätigen Volke angehören, sondern auch so wie die Mitglieder der SED beseelt sind von dem Bestreben, die Reaktion zu schlagen und der Not ein Ende zu machen, die Einheit Deutschlands herbeizuführen und Demokratie und Frieden in Deutschland zu sichern. Das verbindet die SED mit den sozialdemokratischen Mitgliedern auf das engste, und alles muß daran gesetzt werden, die Einheit der Arbeiterbewegung auch im Westen Deutschlands und in Berlin durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien herbeizuführen.

Die Erfahrungen, die durch die Spaltung der Arbeiterbewegung und den gegenseitigen Bruderkampf gemacht wurden, sind zu bitter und das Resultat ist zu verhängnisvoll, als daß aus diesen Erfahrungen nicht die Lehre gezogen wird, die Vereinigung unter allen Umständen in ganz Deutschland herbeizuführen. Aber *Dr. Kurt Schumacher* und seine Vertreter in Berlin wollen diese Lehre nicht ziehen. Sie wollen die sozialdemokratischen Mitglieder von der Notwendigkeit der Vereinigung ablenken, und darum entfalten sie ihre schmäbliche Hetze gegen die SED und die persönliche Verunglimpfung ihrer verantwortlichen Genossen. Die SED hat kein Interesse daran, *Schumacher* auf diesem Wege zu folgen, obwohl gerade seine Politik berechtigten Anlaß zur schärfsten Kritik bietet, weil durch sie dem werktätigen Volke der größte Schaden zugefügt wird. *Schumacher* leitet mit seiner Hetze nicht nur Wasser auf die Mühlen der schlimmsten Reaktion, sondern er verhindert auch den einheitlichen Kampf des werktätigen Volkes gegen seine reaktionären Feinde. Es ist die Aufgabe des II. Parteitages der SED, das mit aller Klarheit herauszustellen.

Ein besonderes Kennzeichen der gegen die SED gerichteten Hetze ist der Versuch, die hohe politische Bedeutung ihrer Arbeit

und ihrer Politik noch besonders dadurch herabzumindern, daß ihr alle Nöte des werktätigen Volkes, die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus und die mit der militärischen Besetzung des Landes verbundenen Begleiterscheinungen zur Last gelegt werden. Der Zweck ist durchsichtig: die werktätigen Massen sollen davon abgelenkt werden, daß die Ursachen in dem Hitlerkrieg zu suchen sind, für den die Reaktion die volle Verantwortung trägt. Mit diesem schäbigen Mittel versucht man die Massen gegen die SED aufzuhetzen, obwohl diese alles unternimmt, den Massen in ihrer Not zu helfen. Wiederum ist es *Schumacher*, der auch hier der Reaktion zu Hilfe kommt, indem er die SED als eine russische Staatspartei bezeichnet, die nicht den Interessen des deutschen Volkes, sondern den Interessen des Sowjetstaates diene. Aber er begnügt sich nicht nur mit dieser Hetze gegen die SED, sondern stimmt auch in das Hetzgeschrei der deutschen und der ausländischen Reaktion gegen die Sowjetunion ein. Daß der Monopolkapitalismus in der Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion eine außerordentliche Gefahr für seine Herrschaft sieht und daß er den Sowjetstaat so schnell wie möglich vernichten möchte, ist nur zu verständlich. Er hat das wiederholt versucht, ist aber jedesmal damit hereingefallen. Unnatürlich aber ist es, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland, *Schumacher*, in der widerlichsten Weise mit den schändlichsten Verleumdungen eine ständige Hetze gegen die Sowjetunion betreibt und gegen sie sogar zu einer „moralischen Intervention der amerikanischen und europäischen Kulturländer“ aufruft. Das widerspricht dem Wesen und der Aufgabe einer sozialistischen Partei und dem Denken und Wollen sozialdemokratischer Arbeiter. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist ihrem ganzen innersten Wesen nach eine deutsche Partei, die sich die Wahrnehmung der nationalen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen des deutschen Volkes als höchste Aufgabe gestellt hat. Daß sie diese ihre Aufgabe im engsten Einvernehmen und in loyaler Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht durchführt, liegt im Interesse des werktätigen Volkes.

Was dabei herauskommt, wenn das nicht geschieht, das hat die provokatorische Bankrottpolitik der Berliner SP-Führung in

der kommunalen Verwaltung Groß-Berlins erwiesen. Sie hat mit ihrer gegen die sowjetische Besatzungsmacht gerichteten Politik, wie das besonders bei der Absetzung *Dr. Ostrowskis* als Oberbürgermeister zum Ausdruck gebracht wurde, der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins den schwersten Schlag versetzt. Wenn auch in der sowjetischen Besatzungszone die Not des werktätigen Volkes noch sehr groß ist und noch viel zu ihrer Milderung getan werden muß, so hat doch die SED durch ihre Politik und ihre loyale Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht schon sehr viel zur Milderung dieser Not beigetragen. Dabei hat sie stets großes Verständnis und Entgegenkommen bei der sowjetischen Besatzungsmacht gefunden. Die mit der militärischen Besetzung des Landes verbundenen Schwierigkeiten sind natürlich in der sowjetischen Besatzungszone ebenso vorhanden wie in den drei anderen Besatzungszonen, nur sind sie in diesen drei Zonen, wie alle Berichte beweisen, noch erheblich größer.

Unter den Bedingungen der militärischen Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen und der Aufteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen im einzelnen Vergleiche über die Lage des werktätigen Volkes in den verschiedenen Zonen anzustellen hat wenig Sinn, weil eben die große Not eine Folge des Hitlerkrieges ist. Und doch kann der erhebliche Unterschied nicht übersehen werden, der in der Entwicklung der Lage in der sowjetischen Besatzungszone gegenüber den anderen Zonen besteht. In der sowjetischen Besatzungszone wurde eine ernsthafte wirtschaftliche und politische Entmachtung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten durch die demokratische Bodenreform und Überführung der Konzernbetriebe in die öffentliche Hand durchgeführt, der Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen freier Spielraum verschafft, die demokratische Selbstverwaltung stark entwickelt und durch die demokratische Schulreform das reaktionäre Bildungsprivileg der Besitzenden gebrochen und im Aufbau der Einheitsschule den Kindern der Werktätigen alle Bildungsmöglichkeiten erschlossen.

Von alledem ist in den übrigen Besatzungszonen keine Rede. Es herrschen dort in Wirtschaft und Verwaltung, wie selbst *Schumacher* zugibt, die alten Kriegstreiber und Naziaktivisten. Den

antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräten werden in ihrer Tätigkeit die größten Schwierigkeiten gemacht, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird sogar verboten, ihre Organisation und Tätigkeit zu entfalten, was natürlich die reaktionären Kräfte veranlaßt, immer frecher hervorzutreten. Die Unterstützung, die diese durch die ausländischen Monopolkapitalisten erhalten, bestärkt sie in ihrer Absicht, eine demokratische Entwicklung in Deutschland unter dem bestimmenden Einfluß der werktätigen Massen zu verhindern. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sucht dieser reaktionären Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen durch ihre Bemühungen für die Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, insbesondere der beiden sozialistischen Parteien, entgegenzuwirken und deshalb auch dort die Vereinigung der beiden Parteien herbeizuführen. Der Parteitag der SED wird zu diesem Zweck einen ernsten Appell an die werktätigen Massen, insbesondere an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, richten. Nur dadurch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß dem Willen unseres Volkes auf die Schaffung eines demokratischen Einheitsstaates und der Überwindung der Not ein mächtiger Ansporn gegeben wird.

## II

Die Bedeutung des II. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands liegt aber nicht nur in seiner Auswirkung auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes, sondern auch in seiner Auswirkung auf die Partei selbst. Der Parteitag wird eine Rückschau auf die Entwicklung der Partei in den siebzehn Monaten ihres Bestehens halten, eine ernste kritische Überprüfung der geleisteten Arbeit und des organisatorischen Wachstums vornehmen und in scharfer Selbstkritik die Schwächen und Fehler feststellen, um daraus ernste Lehren und neue Kraft für die weitere Arbeit der Partei zu ziehen.

Durch die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien entstand eine Organisation von 1,3 Millionen Mitgliedern, die sich

seit dieser Zeit um 500 000 Mitglieder vermehrte. Das ist ein so gewaltiges Wachstum der Partei, daß mit ihm die politische Erziehungsarbeit in der Partei nicht gleichen Schritt zu halten vermochte. Die politischen Anforderungen, die an eine sozialistische Partei, noch dazu in einer Zeit der kompliziertesten Aufgaben, gestellt werden, sind außerordentlich hoch und ernst. Die Fähigkeit, diesen Anforderungen zu genügen, vermittelt nur die Lehre von *Marx-Engels-Lenin-Stalin*, weil diese die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Triebkräfte aufzeigt, ohne deren Kenntnis die Partei zwangsläufig in der Durchführung ihrer Aufgaben versagen muß. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat deshalb gerade größten Wert und größte Sorgfalt auf die Vermittlung der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, seiner Theorie und ihrer Anwendung in der Praxis gelegt. Die von der Partei durchgeführten Bildungsabende für die Mitglieder der Partei, die Kreis- und Landesparteschulen und die Parteihochschule haben in dieser Zeit eine große Arbeit geleistet. Durch eine gründliche ideologische Klärung aller Grundfragen der Partei wurde ihre politische und organisatorische Festigung angestrebt. Der Parteitag wird das Ergebnis dieser Arbeit zu würdigen haben. Es darf nicht übersehen werden, daß noch ernste Mängel in dieser Arbeit vorhanden sind und daß die Hebung des ideologischen und politischen Niveaus der Mitgliedschaft hinter dem organisatorischen Wachstum der Partei zurückbleibt. Es muß noch viel auf dem Gebiete der politischen Erziehungsarbeit geleistet werden, um diese Differenz auszugleichen.

So konnte es nicht ausbleiben, daß bei der Durchführung der Aufgaben der Partei und in der Stellungnahme zu den komplizierten innen- und außenpolitischen Fragen unseres Volkes manche ideologische Schwankungen auftraten, die durch nicht genügende Würdigung der politischen Zusammenhänge und auch durch die Verwirrungsmanöver der Gegner hervorgerufen wurden. Die Partei kann es sich bei ihrer Stärke gestatten, diese Schwankungen, Mängel und Fehler durch eine scharfe Selbstkritik vor aller Öffentlichkeit zu erörtern, um vorhandene Schwächen entgegenzutreten und durch die Selbstkritik ist im Erkenntnis dieser

Schwächen die Kraft zur Fortentwicklung der Partei auf eine immer höhere Stufe der wissenschaftlichen Erkenntnis und praktischen Anwendung des Marxismus zu finden. Diese Fähigkeit bewahrt die Partei sowohl vor einer Unterschätzung der Kräfte der Gegner wie vor der Überschätzung der eigenen Kraft. Nur dadurch wird die Partei ihrem Kampf immer den Elan und den Umfang verschaffen, der zur Erreichung der gesteckten Ziele notwendig ist.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unterscheidet sich in dieser Eigenschaft von allen anderen Parteien, auch von der Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt selbstverständlich sehr viel höhere Anforderungen an ihre Mitglieder, sowohl in ihrer Anteilnahme an der Bildungsarbeit als insbesondere auch an der politischen Arbeit der Partei zur Gewinnung der werktätigen Massen für die großen Aufgaben. Das gilt vor allem für die in den Betrieben beschäftigten Parteimitglieder, die alles daransetzen müssen, den Arbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der demokratischen Neugestaltung der Betriebsführung und der Steigerung des Einflusses der Betriebsarbeiter auf die Produktion und auf die Verteilung der Produkte zu vermitteln. Aber um diese Aufgaben zu erfüllen, bedarf es einer strengen Parteidisziplin, die auf der Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Aufgaben beruht und deshalb eben eine freiwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der Partei ist. Auch in dieser Hinsicht sind bei dem schnellen Wachstum der Partei noch mancherlei Schwächen vorhanden, und wir dürfen nicht aufhören, durch eine ständige politische Erziehungsarbeit eine Verbesserung und Festigung unserer Organisation herbeizuführen.

Hinzu kommt noch eine andere Aufgabe. Das schnelle Wachstum der Partei und die Bedingungen, unter denen nach Zerschlagung der Hitlermacht durch die alliierten Truppen der Aufbau der beiden sozialistischen Parteien und die Übernahme der politischen Verwaltungsposten in den Gemeinden, den Kreisen und Ländern vor sich ging, haben dazu geführt, daß sich auch unsaubere Elemente in die Partei eingeschlichen haben und infolge der noch mangelnden Kontrolle sogar auf verantwortliche Posten kamen und dort durch ihr Verhalten der Arbeiterbewe-

gung und der Partei Schande bereiteten. Es ist selbstverständlich, daß sich die Partei und die Arbeiterbewegung von diesen Elementen nicht nur schnellstens befreite, sondern ihnen auch eine weitere Tätigkeit unmöglich machte. Aber die politische Wachsamkeit gegenüber solchen Elementen darf nicht nachlassen und muß immer mit aller Schärfe geübt werden. Nur so wird sich die Partei und die Arbeiterbewegung vor Schaden bewahren.

In den Aufgaben, die in dem Entwurf der Parteitagsresolution zur Stärkung der Partei dargelegt sind, liegt das Schwergewicht auf der politischen und organisatorischen Festigung der Partei, insbesondere auch in ihren Beziehungen zu den Gewerkschaften, zur Bauernschaft, zu dem kleinen Mittelstand, zur werktätigen Intelligenz und vor allem zu den werktätigen Frauen und der Jugend. Gerade in der Werbearbeit der Partei muß großes Gewicht darauf gelegt werden, die Partei mit den Massen in engste organisatorische Verbindung zu bringen, was für die Entfaltung des Kampfes um das neue, demokratische Deutschland von entscheidender Bedeutung ist. Noch mehr Industriearbeiter, Bauern und Landarbeiter, noch mehr Geistesschaffende und Frauen müssen als Mitglieder der Partei gewonnen, in der Parteiarbeit geschult und zu bewußten Propagandisten für die großen Aufgaben unserer Partei erzogen werden.

Der II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird an Bedeutung dem Vereinigungsparteitag in nichts nachstehen. Der Begeisterung, die damals den Vereinigungsparteitag begleitete und die in den Massen des werktätigen Volkes einen großen Widerhall fand, folgt jetzt die ernste Rückschau auf die geleistete Arbeit, die Konzentration auf die großen Gegenwartsaufgaben und der Ausblick auf die weitere Entwicklung Deutschlands.

Aber nicht nur die Zukunft Deutschlands wird den Parteitag beschäftigen, sondern auch die großen internationalen Fragen, die durch die Auswirkungen des Hitlerkrieges aufgeworfen wurden, und mit ihnen die Regelung der internationalen Beziehungen und die Sicherung eines dauerhaften Friedens. Wir glauben, daß die Gäste, die aus allen Ländern Europas und darüber hinaus zu unserem Parteitag eingeladen sind und erscheinen werden, dazu ihren Beitrag liefern werden. Der Parteitag der Sozialisti-

schen Einheitspartei Deutschlands soll durch die Anwesenheit von Vertretern der kommunistischen und der sozialdemokratischen Parteien und ihre Anteilnahme an den Beratungen der Schaffung der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung und der internationalen Verständigung über die großen Probleme der Demokratie und des Friedens den Weg bereiten. In diesem Geiste grüßen wir alle Delegierten und Gäste des II. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

*„Einheit“, Berlin, 2. Jahrgang, Heft 9,  
September 1947.*



## Die siegreiche Partei

Dreißig Jahre besteht die Sozialistische Sowjetunion. Die Sowjetvölker blicken mit berechtigtem Stolz auf diese drei Jahrzehnte zurück. Nur wenige Menschen mögen sich in den Novembertagen des Jahres 1917 klar darüber gewesen sein, daß eine Weltenwende ihren Anfang nahm. Die bolschewistische Fraktion brachte auf dem II. Allrussischen Sowjetkongreß folgenden Antrag ein:

„Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.“

Mit der Annahme dieses Antrages durch den Kongreß stießen die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte das Tor auf, das zu dem neuen, lichten Weg des Sozialismus führte. Die in der Nacht vom 7. zum 8. November 1917 vom Sowjetkongreß beschlossenen Dekrete über die sofortige Herbeiführung des Friedens, die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer zugunsten der Bauern, die Übernahme der Bodenschätze in die Hände des Volkes und die Bildung einer Regierung der Volkskommissare zeugen von der Klarheit des Zieles und des Weges der über großen Mehrheit der Delegierten. Diese Mehrheit gehörte der Fraktion der Bolschewiki an. Sie propagierte die politischen Losungen und Forderungen der Partei der Bolschewiki. Lenin war es, der mit seinen „Briefen aus der Ferne“ — er mußte sich in den letzten Wochen vor der Revolution auf Grund der Verfolgungen der Kerenskiregierung verborgen halten — dem Zentralkomitee der Partei die entscheidenden Vorschläge und Direktiven gab, die sein bester und treuester Schüler, Stalin, in der Partei und durch die Partei verwirklichte.

Seit seiner Rückkehr aus der Schweizer Emigration im April 1917 lehrte Lenin die Partei und die Massen die Notwendig-

keit des Übergangs von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution. Durch die Februarrevolution 1917 zerbrach die Herrschaft des Zarismus. Auf Grund der Erfahrungen der Revolution von 1905 entstanden unmittelbar aufs neue Arbeiter- und Soldatensowjets. Die Bolschewiki gaben diesen Sowjets die politische Zielrichtung: „Alle Macht den Sowjets!“ Diese von Lenin geprägte Losung stützte sich auf die Lehre von Karl Marx aus den Erfahrungen der Pariser Kommune. Marx und Engels zogen aus den Kämpfen der Pariser Arbeiter die Schlußfolgerung, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“.

Mit der Forderung, alle Macht den Sowjets zu übergeben, mobilisierten die Bolschewiki die hungernden und friedensheischenden Massen in Stadt und Land und in den Schützengräben. Die Bolschewiki ließen sich dabei von der tiefen marxistischen Lehre leiten, daß große soziale Umwälzungen nur möglich sind durch die Aktion der Massen. Das Wort der Altmeister des Sozialismus, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, war ihnen kein Dogma, sondern bestimmte das Gesetz ihres Handelns. Die Bolschewiki stützten sich in ihrer Politik auf die Kräfte der Massen und auf den Heroismus der Arbeiter. Sie schlugen eine Politik ein, durch die die Millionen Bauern Verbündete der Arbeiterklasse wurden. Es gab in den Sommer- und Herbstwochen 1917 in Rußland Menschen, die sich zwar Sozialisten nannten, aber davon träumten, mit der Bourgeoisie einen Frieden herbeizuführen, der gleichzeitig die sozialen Forderungen der Werktätigen erfüllte. Diese Leute glaubten an die Einsicht der imperialistischen Staaten, glaubten an alles mögliche, nur nicht an die Kraft der Massen. Diese Unterschätzung der Rolle der Massen im Kampfe um die gerechten Forderungen des Volkes ist eine typisch kleinbürgerliche Auffassung. Sie ist so alt wie der Kampf des Proletariats um seine Befreiung selbst. Das hindert aber keineswegs gewisse sozialdemokratische Führer, diese Meinung immer wieder zu vertreten.

Hätten die russischen Arbeiter und Bauern 1917 auf die Entfaltung ihrer eigenen Kräfte verzichtet und auf die Hilfe, die

Einsicht und das Wohlwollen ihrer herrschenden Klasse gebaut, dann wäre es nie zur Revolution gekommen. Nur dadurch, daß die bolschewistische Partei den Massen immer wieder den Grundsatz des Sozialismus verkündete: „Ihr habt nichts anderes zu verlieren als eure Ketten, aber eine Welt zu gewinnen“, brachte sie die gewaltige Kraftanstrengung des russischen Volkes zustande.

Alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren, daß eine revolutionäre Partei nur dann Erfolge erringen kann, wenn sie aufs engste mit den Massen verbunden bleibt und immer wieder die schöpferischen Kräfte des werktätigen Volkes entfaltet.

Dieses Grundgesetz einer revolutionären sozialistischen Partei verlangt, daß sie immer in der Lage ist, den Massen auch in den kompliziertesten Situationen einen Weg zu weisen, der zum sozialistischen Ziele führt. Die Geschichte der siegreichen russischen Revolution und die Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion zeigt mit aller Eindringlichkeit, daß allein die sozialistische Lehre der führenden Partei die Möglichkeit gab, immer die jeweilige Situation richtig zu beurteilen und die Zusammenhänge der Ereignisse zu verstehen. Mehr noch: die konsequente Anwendung der Lehre des Marxismus gab die einzige Möglichkeit, auch die weitere Entwicklung richtig abzuschätzen und die Kräfte des Volkes als entscheidenden Faktor einzusetzen.

Von den vielen Beispielen, die uns die Geschichte lehrt, sei nur eines herausgegriffen. In den zwanziger Jahren waren die Zeitungen, Zeitschriften und Bücher voll von neuen Theorien bürgerlicher und auch sozialdemokratischer Ökonomen von der friedfertigen Entwicklung des Kapitalismus. In Deutschland erschien die Broschüre eines bekannten Gewerkschaftsfunktionärs mit dem Titel „Warum arm sein?“. Klipp und klar wurde behauptet, daß Ford über Marx triumphiere. Die deutschen Arbeiter sollten sich nach den Fordschen Wirtschaftslehren orientieren, und sie könnten die Broschüren von Marx und Engels getrost in den Ofen werfen. Andere träumten davon, daß die großen Monopolverbände sich untereinander nicht nur national, sondern auch international verständigen würden und daß damit jede Krisen- und Kriegsgefahr für immer verschwände. Die

Bolschewiki und andere konsequente Marxisten in den verschiedensten Ländern gehörten nicht zu diesen Träumern. Sie gingen nicht zu Ford in die Schule, sondern blieben bei Karl Marx. Karl Marx aber lehrte, daß aus der Konkurrenz das Monopol hervorgeht und daraus ein Konkurrenzkampf mit weitaus größeren Gegensätzen zwischen den monopolistischen Unternehmerorganisationen und zwischen den von ihnen beherrschten großen kapitalistischen Staaten entbrennt. Die in den Vereinigten Staaten von Amerika 1929 ausgebrochene gewaltige Wirtschaftskrise entwickelte sich bald zu einer Krise der gesamten Weltwirtschaft. Am Ende dieser Krise aber stand in Deutschland die faschistische Herrschaft.

Was wäre geschehen, wenn auch die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) von der friedfertigen Entwicklung des Kapitalismus geträumt hätte? Es gab auch in der Sowjetunion Menschen, die, gestützt auf solche unmarxistischen Auffassungen, dem Sowjetvolk vorschlugen, mit Hilfe ausländischer Anleihen und entsprechender Konzessionen zuerst eine Leichtindustrie aufzubauen. Diese Leute propagierten weiter, daß die notwendige Ausrüstung für die Schwerindustrie und Werkzeugmaschinen viel besser im Auslande gekauft werden könnten, als daß man sie selbst herstellt. Wäre das Sowjetvolk auf diese Vorschläge eingegangen, dann kann man sich vorstellen, daß Hitler sein Ziel erreicht hätte, am 7. November 1941 die blutbesudelte Hakenkreuzfahne auf dem Kreml zu hissen. Da aber die Sowjetvölker ihrer bolschewistischen Partei vertrauten und diese Partei den Grundsatz von Karl Marx, „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, niemals vergaß, schuf sich die Sowjetunion eine starke Schwerindustrie. Diese mit eigenen Kräften geschaffene Schwerindustrie ermöglichte der Sowjetunion die Ausrüstung ihrer Armeen mit den modernsten Waffen. Hitlers Divisionen lernten zu ihrem eigenen Schaden die Realität der von der Goebbelspropaganda immer als Potemkinsche Dörfer verlästerten sowjetischen Industrien kennen. Allerdings, der Aufbau der sowjetischen Schwerindustrie mit den Kräften des Volkes erforderte Zeit und verlangte auch die Zurückstellung der Bedürfnisse des Volkes an Kleidung und Wohnung für viele Jahre. Aber heute wissen die

Sowjetmenschen, daß der von Lenin und Stalin gewiesene Weg des sozialistischen Aufbaus richtig war, denn sonst wären sie von den Hitlerhorden überrannt worden und heute ein Sklavenvolk, über das der IG-Farbentrust, der Flick- und Mannesmann-Konzern die Peitsche schwingen würden.

Der Organisator der bolschewistischen Partei, Lenin, schrieb kein Buch und keinen Artikel, in dem er nicht den einen oder anderen Grundsatz des Marxismus auf die konkrete Situation anwandte. Die Geschichte der bolschewistischen Partei ist die Geschichte des unversöhnlichen Kampfes gegen jeden Versuch, die Partei zur Aufgabe der Grundsätze des Marxismus zu bewegen. Seit dem ersten Auftreten Lenins galt sein theoretischer und politischer Kampf der Anwendung der Lehre von Marx und Engels in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Lenin war dabei kein Dogmatiker. Seine Genialität zeigte sich in der Weiterentwicklung der Lehre von Marx und Engels in der Epoche der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus. Was Lenin begann, setzte sein bester Schüler und Mitkämpfer, Stalin, fort. In ihm verkörpern sich das reiche Wissen und die Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, die geniale Anwendung dieser Erkenntnisse auf neue Situationen und die meisterhafte Aufzeigung der Wege, die das werktätige Volk beschreiten muß, um neue Erfolge zu erringen. Stalins große Stärke als Führer der Partei und der Sowjetvölker liegt in der tiefen Überzeugung, daß die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn sie sich von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten lassen. Von Stalin stammt das stolze Wort: „Der Marxismus ist der wissenschaftliche Ausdruck der Grundinteressen der Arbeiterklasse.“ Und Stalin zieht deshalb den Schluß: „Jawohl, wir verdanken unsere Erfolge der Tatsache, daß wir unter dem Banner von Marx, Engels, Lenin gearbeitet und gekämpft haben.“ Das ist das Geheimnis des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern 1917, und das ist die Erklärung des gewaltigen Erfolges im sozialistischen Aufbau, des Triumphes des Sozialismus über den Faschismus. Zwei Weltkriege lehren die Völker, daß der Friede nur durch den Sozialismus gesichert werden kann. Wer den Frieden will, muß für den Sozialismus kämpfen. Für den Sozialismus

kämpfen aber heißt, kämpfen unter dem Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Wer den Sozialismus will, muß für seine erste Voraussetzung kämpfen: das ist die Einheit der Arbeiterbewegung unter der Führung einer einheitlichen sozialistischen Partei, deren unverrückbare Weltanschauung der wissenschaftliche Sozialismus ist.

*„Tägliche Rundschau“, Berlin,  
6. November 1947.*

## Lenin und der Marxismus

*„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie richtig ist!“*

Mit diesem einen Satz kennzeichnete Lenin seine Stellung zur Lehre von Karl Marx. In seinem 1913 geschriebenen Artikel über die drei Quellen und über die drei Bestandteile des Marxismus weist Lenin dem wissenschaftlichen Sozialismus den Platz an, der ihm gebührt. Nach Lenin ist der wissenschaftliche Sozialismus nicht eine unter anderen Weltanschauungen, sondern *die* Weltanschauung des kämpfenden Proletariats. Der wissenschaftliche Sozialismus läßt sich, wie uns Lenin lehrt, mit keiner Reaktion, mit keinem Aberglauben und mit keiner Verteidigung der bürgerlichen Knechtung vereinbaren.

Alle Reden und Artikel, Schriften und Bücher Lenins sind von dieser tiefen Überzeugung der Universalität des Marxismus getragen. Als um die Jahrhundertwende der Versuch unternommen wurde, die Lehre von Marx und Engels zu verfälschen, zeigte sich bereits die ganze wissenschaftliche Größe Lenins als des besten Kenners der Werke der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Marx und Engels schrieben vor hundert Jahren, am Vorabend der bürgerlichen Revolution in Deutschland, im „Kommunistischen Manifest“:

*„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht.“*

Die Geschichte bestätigte die vollständige Richtigkeit dieser Prognose. Marx und Engels konnten zu einer derartigen klaren Einschätzung der Situation und des wahrscheinlichen Ganges der Ereignisse nur deshalb kommen, weil sie in der Anwendung des dialektischen Materialismus die in der Gesellschaft wirkenden Klassenkräfte richtig beurteilten. Ihr Schüler, Lenin, kam im Jahre 1902 in seiner Broschüre „Was tun?“ zu folgender Prognose über die Aufgaben der russischen Marxisten:

„Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die *revolutionärste* von allen *nächsten* Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern ... auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen.“

Es bedarf heute, nach drei Revolutionen in Rußland, nach dem Sieg der Sozialistischen Sowjetunion über die Intervention von 1918 bis 1921 und nach dem Sieg über Hitlers faschistische Landräuber, keines weiteren Beweises für die Richtigkeit dieser von Lenin 1902 ausgesprochenen prophetischen Worte.

Marx und Engels lehrten, daß es nicht genügt, die Welt verschieden zu interpretieren, sondern sie muß verändert werden. Die Kraft, die diese Veränderung herbeiführen wird, ist das Proletariat. Das „Kommunistische Manifest“ bezeichnet das Proletariat als die einzig revolutionäre Klasse. Zum Unterschied gegenüber allen revolutionären Bewegungen vor der Entwicklung des Proletariats zur selbständigen Klasse wird die proletarische Bewegung eine selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Der Sieg des Proletariats bedeutet nicht nur die Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, sondern die Beseitigung der Ausbeutung überhaupt und damit die Aufhebung der Klassen.

Diese grundlegende Erkenntnis des Marxismus verteidigte Lenin gegenüber allen Versuchen, die Rolle des Proletariats in der geschichtlichen Entwicklung zu schmälern. In seinem 1913 geschriebenen Artikel über die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx heißt es:

„Das Wichtigste in der Marxschen Lehre ist die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle des Proletariats als des Schöpfers der sozialistischen Gesellschaft.“

Lenin wurde nicht müde, immer wieder auf die große Bedeutung hinzuweisen, die Marx der historischen Initiative der Massen beimaß. Dafür ist von größter Bedeutung die Stellung von Karl Marx zur Pariser Kommune. Vor der Ausrufung der Kommune warnte er das Pariser Proletariat, sich nicht in eine aussichtslose Schlacht hineintreiben zu lassen. Als dann aber die



Pariser Arbeiter dennoch zu den Waffen griffen, ihre Herrschaft errichteten und sie mit großem Heroismus gegen eine gewaltige Übermacht verteidigten, erhob Marx nicht den Zeigefinger, im Gegenteil, er sprach in Worten höchster Anerkennung von den Himmelsstürmern, rühmte ihre historische Initiative, pries ihre Aufopferungsfähigkeit. Marx zog aus der historisch bedingten Niederlage des Pariser Proletariats eine entscheidende Lehre. In seinem Brief an Kugelman hob er besonders hervor, daß nach den Erfahrungen der Pariser Kommune der bürgerliche Staatsapparat nicht einfach übernommen werden kann, sondern zerbrochen werden muß.

In der Polemik gegen Plechanow, der nach dem Dezemberaufstand 1905 in Moskau den Arbeitern erklärte, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“, wies Lenin auf diese unterschiedliche Haltung zwischen Marx zur Pariser Kommune und Plechanow zu den Moskauer Arbeitern hin.

In dem Vorwort zur russischen Ausgabe der Briefe von Karl Marx an Kugelman finden wir folgende Worte von Lenin:

„Marx stellt die historische Initiative der Massen über alles. Oh, würden doch unsere russischen Sozialdemokraten bei der Einschätzung der historischen Initiative der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober und Dezember 1905 von Marx lernen!“

Die grundlegenden Erkenntnisse von Marx über die Erfahrungen der Pariser Arbeiter aus ihrem Kampf und aus ihrer Niederlage 1871 bilden den Hauptinhalt der Schrift von Lenin „Staat und Revolution“. Lenin bezeichnete diese Schrift selbst als „die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution“. Diese Aufsätze schrieb Lenin am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Der Marxist Lenin betrachtete die Wiedergabe der historischen Lehre von Marx über den Staat als das entscheidende Mittel, „die Massen darüber aufzuklären, was sie zu ihrer Befreiung vom Joch des Kapitals in der nächsten Zukunft zu tun haben“.

Lenins Meisterschaft in der Anwendung der Lehre von Marx und Engels auf eine bestimmte historische Situation, die einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit bedeutete, zeigte sich darin, daß er den Massen die Situation nicht nur erklärte,

sondern ihnen auch den Weg zum Siege über die Feinde des Proletariats zeigte. Lenin propagierte die Sowjets als neue Form des sozialistischen Staates. Die Sowjets vereinigen in sich die Legislative und Exekutive. Sie sind kein Parlament bürgerlicher Art, sondern eine arbeitende und kontrollierende Körperschaft.

Marx und Engels waren sich vollständig darüber klar, daß mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, wenn auch die entscheidende, aber doch erst die Voraussetzung für den Sozialismus geschaffen ist.

Die Eroberung der politischen Macht gibt dem Proletariat die Möglichkeit, an sich selbst zu arbeiten. Marx sagte:

„Ihr habt fünfzehn, zwanzig, fünfzig Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur, um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Macht zu befähigen.“

Die geschichtliche Erfahrung hat diese Marxsche Erkenntnis unter Beweis gestellt. Deshalb sprach Lenin davon, daß es notwendig sein wird,

„in langwierigen Kämpfen auf dem Boden der Diktatur des Proletariats auch die Proletarier selbst neu zu erziehen, die sich von ihren eigenen kleinbürgerlichen Vorurteilen nicht auf einmal, nicht durch ein Wunder, nicht auf Geheiß der Mutter Gottes, nicht auf Geheiß einer Losung, einer Resolution, eines Dekrets befreien, sondern nur in langwierigen und schweren Kämpfen der Massen gegen die Massenerscheinungen des kleinbürgerlichen Einflusses.“

Fest auf dem Boden der Lehre von Marx und Engels stehend, sie gegen jeden Versuch unter dem Deckmantel der Revision verteidigend, sie nach den Worten von Engels nicht als Dogma, sondern als eine Anleitung zum Handeln betrachtend, schuf Lenin die revolutionäre marxistische Partei und gab ihr als schärfste Waffe die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Marx und Engels schufen die Grundlagen des Weges zum Sozialismus. Lenin führte das russische Proletariat im Bündnis mit den werktätigen Bauern zum Sieg des Sozialismus. Die kapitalistische Herrschaftsform ist die Ursache von Krisen, Krieg und Chaos. Der Sieg des Proletariats in der Sowjetunion beseitigte die kapitalistische Ausbeutung und hob damit die Ursache für Krisen und Arbeitslosigkeit auf.

So wurde die Sowjetunion zu einem Bollwerk des Friedens. Sie ist die Hoffnung der friedliebenden Völker und gleichzeitig das Angriffsziel der um ihre Profite und Herrschaft bangenden internationalen Monopolkapitalisten. Die Sozialistische Sowjetunion ist undenkbar ohne die kampferprobte marxistische Massenpartei der Bolschewiki. Die Partei der Bolschewiki ist aber das ureigenste Werk des besten Schülers von Marx und Engels und des Fortsetzers ihrer Lehre: W. I. Lenin.

Als vor 24 Jahren Lenin für immer seine Augen schloß, schwur Stalin und mit ihm die bolschewistische Partei, das Werk Lenins, den Aufbau des sozialistischen Staates, des Bundes Sozialistischer Sowjetrepubliken, fortzusetzen. Diesen Schwur haben die Bolschewiki mit Stalin an der Spitze getreulich eingehalten. An dieser eisernen Mauer der bolschewistischen Partei, des sozialistischen Proletariats, der werktätigen Bauernschaft und werktätigen Intelligenz, zerschellte der Angriff der faschistischen Horden. Die Kraft des Sozialismus zerschlug die faschistischen Banden. Über die verfallende imperialistische Ideologie triumphierte die Lehre des Marxismus-Leninismus.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
22. Januar 1948.*

## Das Vaterland ist in Gefahr

In London tagten sechs Mächte, um sich darüber einig zu werden, wie sie Deutschland regieren wollen. Die Vertreter der USA, Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs verhandelten über das Schicksal des deutschen Volkes. Alle diese Länder betonten immer wieder ihren demokratischen Charakter und verkündeten bei jeder Gelegenheit das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Bei den Beratungen in London ging es um die Zukunft eines Siebzig-Millionen-Volkes, ohne daß die „demokratischen“ Staatsmänner auf die Idee kamen, die Vertreter dieses Volkes anzuhören, geschweige denn ihre Wünsche zu berücksichtigen.

### *Die „Empfehlungen“ der Londoner Konferenz*

Die Londoner Konferenz „empfiehlt“ die Bildung eines westdeutschen Teilstaates. Die verfassunggebende Versammlung dieses Separatstaates soll aus einem kleinen Gremium von 50 bis 70 gewählten oder ernannten Personen bestehen. Der Begriff Parlament für diese Versammlung ist genauso trügerisch wie die Selbständigkeit der aus der verfassunggebenden Versammlung hervorgehenden Regierung. Westdeutschland erhält nach den Vorschlägen der sechs Mächte keinen Friedensvertrag, sondern ein Besatzungsstatut. Das Recht des deutschen Volkes auf seine eigene staatliche Souveränität wird durch dieses Besatzungsstatut auf unbestimmte Zeit aufgehoben. Zur Bekräftigung des völkerrechtswidrigen Zustandes wird die militärische Besetzung Westdeutschlands für mindestens 25 Jahre aufrechterhalten. Aus amerikanischem Munde hören wir die Botschaft, daß die amerikanischen Besatzungstruppen in Westdeutschland den Frieden Deutschlands und Europas garantieren.

Wir haben diesen Text in anderer Fassung, auf andere Länder

angewandt, schon einmal vor Jahren aus Hitlers Mund vernommen.

Das Programm der Zerreißung Deutschlands beginnt mit der ebenfalls in London ausgedachten und von dort empfohlenen Währungsreform. Sie soll nur für den geplanten deutschen Weststaat Geltung erhalten. Die Ausschaltung Berlins als Hauptstadt eines einheitlichen Deutschlands und die Proklamierung der neuen Bundeshauptstadt Frankfurt am Main für den westdeutschen Teilstaat.

### *Der alte Kurs und die neuen Herren*

Im Westen kommt zu einer unterschiedlichen Entwertung des alten Geldes die höhere Bewertung der Rohstoffe hinzu. In der Bizone wurden in den letzten Wochen vorsorglich die Preise für die wichtigsten Rohstoffe bis zu 100 Prozent, zum Teil noch darüber hinaus, erhöhet. Die heraufgesetzten Rohstoffpreise führen zu einer Erhöhung aller Preise für Industriewaren und damit für alle Bedarfsguter. Ungleiche Abwertung des Geldes, Preiserhöhungen bei gleichbleibenden Löhnen bedeuten, daß die Separatwahrungsreform des Westens auf Kosten des schaffenden Volkes durchgeführt werden soll. Damit offenbart sich in aller Klarheit der Charakter des *befohlenen* westdeutschen Separatstaates. Deutschland wird zerrissen, der Osten vom Westen und Süden getrennt, den westdeutschen Separatstaat annektieren die US-Monopole mit ihren westeuropäischen Geschäftspartnern. Die Annexionisten von der Wallstreet befehlen weiter die Erhaltung der Macht der deutschen Kriegsbrandstifter an Ruhr und Rhein. Darüber täuscht auch nicht die scheinbare Zurückziehung des hartgesottenen Monopolisten Dr. Reusch hinweg. Ein Streik von Hunderttausenden wäre ein allzu schlechter Start für den Zerreiungsplan. Dr. Reusch tritt für den Moment etwas aus dem Lichtkreis, dafür pocht Dr. Brüning an die Frankfurter Tore.

Es sind alle versammelt: die Herren vom Stahlkartell und der IG-Farbenindustrie, die Herren der Krupp-Gruson-Werke und des Flick-Konzerns, die Herren von den großen deutschen Banken, die aus der sowjetischen Besatzungszone geflüchteten deut-

schen Junker und die im Auftrage der amerikanischen Regierung Geschichte schreibenden deutschen Generale. Die Herren Generale Guderian und Halder exerzieren inzwischen schon ein wenig auf dem neuen Boden und unter der amerikanischen Felddienstordnung, der eine als Organisator eines ganz Deutschland umfassenden Nachrichtenapparates und der andere als Kommandeur der „Schwarzen Industriepolizei“.

Zu ihnen gehören auch eine Anzahl sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer. Dr. Schumacher gehört zu den Vorkämpfern der Spaltung Deutschlands mit seiner maßlosen, bis zur Hysterie gesteigerten Hetze gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, gegen die Kommunistische Partei im Westen, gegen die sowjetische Besatzungsmacht und gegen die Sowjetunion. Er verhinderte die Einigung der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung. Seine Reden und Artikel richteten sich in erster Linie gegen die in der SED geeinte Arbeiterschaft, gegen die Kommunisten im Westen Deutschlands und gegen jene sozialdemokratischen Genossen, die für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten.

Statt die Kräfte der geeinten Arbeiterbewegung für die Verstaatlichung der nordwestdeutschen Kohlen- und Hüttenindustrie einzusetzen, schwatzte Schumacher von den Absichten der englischen Labourregierung, die ein Stück Sozialismus auf dem Kontinent zu verwirklichen beabsichtigt. Dann piffen die Herren des US-Kapitals, und Dr. Schumacher flog nach den Vereinigten Staaten. Er kam zurück mit der Marshallplanmelodie. Er entdeckte im Marshallplan die große humanistische Idee, den wahren Geist sozialistischer Gestaltung der Wirtschaft.

Hinter diesem Nebelvorhang organisierte er das Spionagebüro in Hannover und schickt im Interesse des amerikanischen und englischen Finanzkapitals Saboteure in die Ostzone.

### *Der Arbeiterklasse wird der Weg versperrt*

Das ist die wahre Lage in den westlichen Besatzungszonen. Dank der verhängnisvollen Tätigkeit des Klüngels um Dr. Schumacher müssen sich die Vertreter der Arbeiterschaft von dem

amerikanischen Handelsminister, dem Millionär Harriman, sagen lassen, sie sollen nicht so geschmacklos sein, in seiner Gegenwart vom Sozialismus zu reden. An der Spitze der Verwaltung und Wirtschaft stehen wieder die alten, reaktionären Kräfte von gestern, die Organisatoren und Nutznießer des Naziregimes und des Krieges, wie das der Parteivorstand der SPD selbst eingestehen mußte.

Die Ohnmacht der Arbeiterbewegung im Westen ist aber gleichzeitig die Ohnmacht aller fortschrittlichen, demokratischen Kräfte. Die Ergebnisse der hessischen und bayerischen Wahlen reden eine deutliche Sprache. Die Propagierung der völligen Aufteilung Deutschlands in föderative Staaten durch die „Bayernpartei“, Grabschändungen jüdischer Friedhöfe, Freisprechung von Naziaktivisten und Hitleroffizieren, die noch nach der Kapitulation „Deserteure“ erschießen ließen, Film- und Theaterzensur durch kirchliche Behörden, die Verweigerung des Rechtes der Gewerkschaften zur Mitbestimmung in den Betrieben und den Wirtschaftsorganen zeigen die Stationen auf dem Wege des Rückschritts und der Reaktion im Westen und Süden Deutschlands. Es mehren sich die Stimmen aus allen Schichten der Bevölkerung, daß jeder Versuch, sich gegen diese Entwicklung des Westens zu wehren, aussichtslos ist. Ehrliche, aufrechte Menschen kommen aus dem Westen in die sowjetische Besatzungszone und bieten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten an, weil sie überzeugt sind, im Osten Deutschlands besser dem deutschen Volke dienen zu können. Diese Resignation in Westdeutschland ist das Ergebnis der Zersplitterung der Kräfte der Demokratie und des Fortschritts und insbesondere aber das Ergebnis der unheilvollen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

### *Westmächte zerrissen die Verträge*

Es ist unsere Pflicht, in dieser Situation klar auszusprechen, was ist. Wir befinden uns im vierten Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands. Die Siegermächte besetzen Deutschland, um eine friedliche und demokratische Entwick-

lung zu sichern. Die feierlichen Erklärungen von Jalta und Potsdam garantierten dem deutschen Volke seine wirtschaftliche und staatliche Einheit. Die Londoner Konferenz zerriß das Potsdamer Abkommen wie einen alten Fetzen Papier. Auf den Vorschlag der Sowjetregierung, mit Deutschland schnellstens einen Friedensvertrag abzuschließen und die militärische Besetzung Deutschlands aufzugeben, antworten die Westmächte mit einem Besatzungsstatut und einer Empfehlung über die militärische Besetzung für die nächsten 25 Jahre. Aus der Befreiung des deutschen Volkes vom Joch des Nationalsozialismus wurde eine Annexion zugunsten des US-Monopolkapitals.

Diese eindeutige Tatsache zwingt jeden aufrechten deutschen Demokraten, seine Stellung zu den westlichen Besatzungsmächten zu überprüfen. Wir können sie nicht mehr als unsere Helfer für eine demokratische friedliche Entwicklung Deutschlands betrachten, sondern müssen sie als Kolonialherren, als die Statthalter der Wallstreet ansehen. Mit der Realisierung der „Empfehlungen“ der Sechsmächtekonferenz beginnt eine neue Periode in der Geschichte unseres Volkes. *Es beginnt die Zeit der demokratischen Selbsthilfe der Nation gegen die Kolonialherrschaft.*

Wir nennen die Dinge wie sie sind, ohne Rücksicht darauf, ob das den Kolonialherren in New York oder Washington paßt oder nicht. Darin liegt die Stärke der sozialistischen Erkenntnis, mit aller Schärfe den wahren Charakter der historischen Situation aufzuzeigen. Zur Bekräftigung unserer Behauptung verweisen wir auf einige

#### *geschichtliche Wahrheiten*

Vor 100 Jahren wiesen Marx und Engels einige Monate vor dem 18. März im „Kommunistischen Manifest“ auf das Kommen der bürgerlichen Revolution in Deutschland hin. Mit dem Aufstand der Arbeiter und Handwerker eroberte sich das deutsche Bürgertum die Regierungsgewalt. Marx und Engels gaben dem Bestreben des deutschen Volkes nach nationaler Einheit die Losung „Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt“. Jetzt, hundert Jahre später, muß jede objektive Geschichtsbetrachtung zugeben, daß Marx und Engels mit ihrer



Losung recht hatten und die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung die große Chance des deutschen Volkes, eine einheitliche, demokratische Nation zu werden, aus Angst vor dem werktätigen Volk verpaßten.

Deutschland mußte geeint werden, weil es für die industrielle kapitalistische Entwicklung unbedingtes Gesetz war. Was den demokratischen Kräften nicht gelang, vollzog Bismarck auf seine Weise, durch „Blut und Eisen“ unter Aufrechterhaltung der Vorrherrschaft der preußischen Junker. Engels nannte den auf dem Schlachtfeld in Versailles 1871 geschaffenen kaiserlichen Staat ein „deutsches Reich preußischer Nation“. Wilhelm Liebknecht, der Vater unseres unvergeßlichen Karl Liebknecht, prophezeite 1872 vor den Schranken des kaiserlichen Gerichts diesem Staat ein schmachvolles Ende auf dem Schlachtfeld. So schätzten Sozialisten die Reichsgründung ein. Sie behielten recht. Das kapitalistische Deutschland mit seiner halbfeudalen monarchistischen Spitze trieb zum Kriege und bereitete sich systematisch darauf vor. Im Kampfe gegen die Kriegsrüstung, gegen den Chauvinismus und die imperialistische Expansion erstarkte die Vorkriegssozialdemokratie. „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ war das Losungswort August Bebels.

### *Nicht wieder den alten Weg*

Mit dem November 1918 erhielt das deutsche Volk eine neue große Chance. Es konnte aus der Niederlage des imperialistischen kaiserlichen Deutschlands zu einem friedlichen, demokratischen, republikanischen Deutschland gelangen. Dazu war aber die Aufhebung des Bündnisses der SPD- und Gewerkschaftsführung mit den Großindustriellen und der Militärkamarilla notwendig. Die Militärkamarilla und der Schwerindustriellenklüngel um Stinnes, Klöckner, Thyssen mußten entmachtet werden. Dazu gehörte eine radikale Bodenreform, um die materielle Macht der kaiserlichen Junker zu brechen. Welcher aufrechte deutsche Demokrat kann heute noch zweifeln, daß die Ausschaltung der Schwerindustriellen und Junker in den Jahren 1918 bis 1919 aus Verwaltung und Wirtschaft, die Sicherung des Mitbestimmungs-

rechtes der Gewerkschaften in den Schlüsselindustrien, Hitlers Aufstieg und Machterschleichung unmöglich gemacht hätten?

### *Die Sozialisten warnten die Nation*

Die Marxisten traten der Illusion entgegen, daß durch einen organisierten Kapitalismus ein krisenloses Zeitalter anbrechen könnte. Während die bürgerlichen und einige sozialdemokratische Nationalökonomien, unter ihnen auch Dr. Nölting, in der Mitte der zwanziger Jahre Marx für überholt erklärten, wiesen die Marxisten nach, daß die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise unvermeidbar zu Krisen führen werden. Die Marxisten behielten recht. Die Krise kam mit ihrer gewaltigen Erwerbslosigkeit, dem Bankrott von Hunderttausenden kleinen Betrieben und der Verelendung des Mittelstandes.

Zu den politischen Folgen der Krisenjahre 1929 bis 1932 gehörte der immer stärker werdende Einfluß der Nazipartei. Wieder mahnten die Sozialisten: Hitler — das ist Reaktion, Faschismus und Krieg. Wieder mahnten sie, dem Vormarsch der Nazipartei die Einheit der demokratischen Kräfte entgegenzustellen. Die rechte SPD-Führung verhinderte die Schaffung einer Einheitsaktion der sozialistischen Parteien, und damit fehlte den demokratischen Kräften jede Führung. So erlagen sie dem Terror des Nazismus. So wurden sie nacheinander geschlagen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, Juden, Wissenschaftler, Künstler, katholische und evangelische Geistliche.

Der von den Sozialisten vorausgesagte Krieg Hitlers brach aus. Wer behielt in dem Siegestaumel der ersten Kriegsjahre seine klare, nüchterne Überlegung? Die Sozialisten, die Widerstandskämpfer der illegalen Gruppen in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern und in der Emigration zweifelten niemals an dem endgültigen Sieg der Antihitlerkoalition. In der Finsternis der Jahre 1941 und 1942 leuchtete hell das Wort des größten Sozialisten unserer Zeit, Stalin: „Unsere Sache ist gerecht, der Sieg wird unser sein.“ Aus den Trümmern des Krieges und des Faschismus, aus den Kerkerzellen, aus den letzten Worten der zum Schafott schreitenden Helden des Widerstandskampfes brach

sich die Erkenntnis Bahn: *Nur durch die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung kann unser Volk aus dem Chaos und der Zerrüttung zu Frieden und Wohlstand gelangen.*

*Welches sind die Lehren aus der geschichtlichen Entwicklung?*

1. In allen entscheidenden Wendepunkten der letzten hundert Jahre erwies sich die sozialistische Erkenntnis als völlig richtig.

2. Nur die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung vermag ihre Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt einzusetzen.

3. Ohne die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung sind die demokratischen fortschrittlichen Kräfte in Deutschland ohnmächtig. Erst das Bündnis zwischen geeinter sozialistischer Arbeiterbewegung und den demokratischen Kräften des Bürgertums, der Intelligenz und der Jugend schafft eine unüberwindbare Kraft gegen Reaktion und Faschismus und damit die beste Sicherung für einen demokratischen Frieden.

4. Die demokratischen fortschrittlichen Kräfte in Deutschland geben sich selbst auf, wenn sie sich der Führung der schwerindustriellen, finanzkapitalistischen und junkerlichen Kräfte des eigenen Landes oder des Auslandes unterordnen.

In der sowjetischen Besatzungszone gelang das Werk der Einheit. Getragen von dem Einheitswillen der sozialistischen Arbeiter wurde im Osten Deutschlands eine Front aller ehrlichen, friedliebenden demokratischen Menschen gebildet, die ein gewaltiges Werk sozialer und kultureller Reformen schuf. Während im Westen Deutschlands Dr. Schumacher mit geifernder Stimme über eine kommunistische Gefahr zeterte, wurden in den fünf Ländern der sowjetischen Besatzungszone durch die Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen feste Fundamente einer sozialen gerechten Ordnung geschaffen. Die Herrschaft der Junker und Monopolisten ist ausgeschaltet. Die Bauern erhielten das Land, die Arbeiter das volle Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Zwei Fünftel der gesamten industriellen Produktion

werden heute bereits durch volkseigene Betriebe erzeugt. Die Schulreform sichert den Kindern des werktätigen Volkes alle Aufstiegsmöglichkeiten. Die Frau ist dem Manne völlig gleichgestellt. Keine dieser grundlegenden Reformen ist in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands verwirklicht.

Die Londoner „Empfehlungen“ zielen nicht nur auf die Zerschlagung Deutschlands als einheitlicher Staat, sondern auch auf die Auslöschung des deutschen Volkes als Nation hin. Eine Nation kann nicht bestehen, wenn sie nicht ein einheitliches Territorium mit eigener Souveränität besitzt. Die Geschichte lehrt, daß alle Versuche, einen nationalen Staat gewaltsam auseinanderzureißen, kläglich mißlingen. Die Herren der Wallstreet und ihre deutschen Handlanger sollten endlich einmal begreifen, woran Napoleon scheiterte und warum das Hitlerreich zusammenbrach. Der Wille der unterdrückten Nationen triumphierte über militärische Gewalt und materiellen und geistigen Terror. Der Wille des deutschen Volkes zur Erhaltung seiner nationalen Existenz wird jeden Versuch, das Gegenteil zu erreichen, zum Scheitern bringen. Mögen die Kolonialherren auch noch so sehr mit Care-Paketen, Lucky-Strike-Zigaretten, mit MP, CIC und Secret Service versuchen, das Nationalgefühl unseres Volkes zu ersticken, um so klarer und deutlicher bekennen wir uns stolz und aufrecht zu jenen Nationaltaten unseres Volkes, die dem deutschen Namen auch heute noch in der Welt Ehre und Ansehen geben.

Wir sind stolz darauf, daß die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, das „Kommunistische Manifest“, von Marx und Engels in deutscher Sprache gedacht und zuerst deutsch geschrieben und gedruckt wurde. Wir sind stolz darauf, daß die Wiege der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in Deutschland stand. Wir werden nie vergessen, wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht im chauvinistischen Taumel des Jahres 1870 ihre Stimme erhoben zum Freundschaftsbund mit dem französischen Volk. Wir verkünden, daß die Sozialgesetzgebung Deutschlands in den achtziger Jahren das Resultat eines unerschrockenen, tapferen Kampfes der illegalen Sozialdemokratie gegen die Bismarcksche Militärdespotie war.

Mit großer Genugtuung erinnern wir uns des Wortes von

Henri Barbusse, daß der Name Karl Liebknecht ob seines Kampfes gegen den imperialistischen Krieg wie ein Blitz über die Schützengräben hinweg die Proletarier im Waffenrock erleuchtete und ihnen die Gewißheit gab vom Sieg des Sozialismus. Wir vergessen nicht die Zehntausende ermordeten deutschen Männer und Frauen, die stolz erhobenen Hauptes auf das Schafott gingen, in den Gaskammern elend umkamen, niedergetrampelt und erschlagen wurden, weil sie gegen Hitler und seine Bande den Widerstand organisierten. Der Kampf gegen Hitler fand Arbeiter und Intellektuelle, Bauern und Geistliche, Jugend und Frauen aus allen Schichten unseres Volkes in einer gemeinsamen Front. Wir sind gewiß, daß dieser Wille zur nationalen Behauptung neu und größer, machtvoller und breiter im Westen unseres Vaterlandes gegen die Kolonialklaverei erstehen wird.

Wir proklamieren *das Recht zur nationalen Selbsthilfe!* Es besteht heute darin, daß sich jeder Deutsche frei und offen durch das Volksbegehren zur nationalen Einheit Deutschlands bekennt und von den alliierten Mächten die gesetzliche Sicherung der nationalen Existenz unseres Volkes verlangt. Zu dem Kampf für die Sicherung der nationalen Existenz unseres Volkes rufen wir alle deutschen Männer und Frauen. Es gilt unser Volk und unsere Heimat vor den machtgierigen ausländischen Monopolverherren zu schützen. Die herrschenden Klassen können sich immer nur so lange halten, als das Volk ihre Herrschaft duldet. Wir werden nicht erlahmen in dem Kampfe zur Schaffung einer großen nationalen Widerstandsbewegung gegen die Spaltung Deutschlands und gegen die Kolonialherrschaft in einem Teile unseres Vaterlandes. Die Arbeiter und Bauern, die Jugend und die Intelligenz der sowjetischen Besatzungszone werden ihre Anstrengungen zur Entfaltung unserer Wirtschaft, zur Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens, zur Hebung des kulturellen Niveaus vergrößern, um unter Beweis zu stellen: Nur wo der Wille des Volkes frei und lebendig ist, kann der Wohlstand gedeihen.

In dieser Stunde der Teilung unseres Vaterlandes durch das Diktat einiger machtlüsterner, geldgieriger Weltmonopole appellieren wir an die demokratischen Kräfte Europas und der Welt. Das deutsche Volk hatte schwere Schuld auf sich geladen, als es

das fluchwürdige Hitlersystem duldet. Es wird nunmehr diese Schuld dadurch abtragen, indem es sich einreihet in die Weltfront für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und einen demokratischen Frieden. Wir sind gewiß, daß in diesem geschichtlichen Ringen die alte Herrschaft der kapitalistischen Monopole an der Front des Sozialismus und der Demokratie zerbrechen wird.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
13. Juni 1948.*

## Der Ausweg aus der Not

Das deutsche werktätige Volk, die Arbeiter und Angestellten, die Bauern und Handwerker, die Beamten und Geistesschaffenden, alle, die von dem Ertrag der Arbeit ihrer Hände und der Geistesarbeit leben, dazu die Umsiedler und Heimkehrer, die Alten und Kranken befinden sich in einem schweren Notstand, der ihr ganzes Sinnen und Trachten mit der Frage ausfüllt, wie dieser Notstand behoben, wie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeigeführt und wo das zum Leben Notwendige hergenommen werden soll.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist auf das engste mit den werktätigen Massen verbunden und kennt nicht nur deren Sorgen und Nöte sehr genau, sondern gibt sich auch die größte Mühe, den Notstand zu beseitigen und dem werktätigen Volke zu helfen, seine Ernährung und Versorgung zu verbessern.

Gerade in dieser Aufgabe liegt die große Bedeutung des Wirtschaftsplans, der vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in seiner Tagung am 29. und 30. Juni beraten und beschlossen wurde. Die Durchführung des Wirtschaftsplans in der sowjetischen Besatzungszone soll eine allseitige und planmäßige Verbesserung und Steigerung der Produktion in der Industrie und Landwirtschaft herbeiführen, um dadurch in erster Linie die Lebenshaltung des werktätigen Volkes zu verbessern, seine Ernährung und Versorgung mit den Mitteln des täglichen Bedarfs, darunter auch ausreichendem Wohnraum, zu sichern.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist sich der vollen Verantwortung bewußt, die sie mit diesem Wirtschaftsplan auf sich genommen hat. Sie macht den Massen keine Versprechungen, wenn nicht die Möglichkeiten für deren Erfüllung bestehen und die Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Sie spricht es offen aus, daß es von der Arbeit der werktätigen

Massen abhängt, ob ihr Notstand behoben und ihre Lage verbessert werden kann. Vor allem müssen die werktätigen Massen selbst begreifen, was die Ursache ihres Notstandes ist und was zu ihrer Behebung geschehen muß.

Die Schuld an diesem Notstande trägt die Klasse der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, die Hitler zur Macht verhalfen und seinen Krieg finanzierten. Diese ehemaligen Machthaber müssen in Deutschland völlig unschädlich gemacht werden, wenn der Notstand des Volkes behoben werden soll. Die werktätigen Massen müssen den bestimmenden Einfluß auf die demokratische Gestaltung der Wirtschaft und des Staates erlangen. In ihre Hände gehören die Produktionsmittel, sie müssen über die Produktion und ihre Verwendung bestimmen. Nur dadurch wird der Notstand der Massen behoben und ihnen ein auskömmliches Leben gesichert werden.

In Unkenntnis der Zusammenhänge zwischen der Produktion und dem Leben des Volkes wird oft der Einwand gemacht: erst mehr essen, dann mehr arbeiten! Das scheint sehr einleuchtend, widerspricht aber den wirtschaftlichen Bedingungen. Woher mehr zum Essen nehmen, wenn nicht mehr vorhanden ist? Es wird dem werktätigen Volke nichts geschenkt. Alles, was zur Besserung seiner Lage notwendig ist, muß von ihm selbst erarbeitet werden. So ist es in jeder Gesellschaftsordnung, ob in der sozialistischen oder kapitalistischen. Der Unterschied ist nur der, daß im Sozialismus dem werktätigen Volk die Produktionsmittel gehören und ihm damit der gesamte Ertrag seiner Arbeit zugute kommt, während im Kapitalismus die Produktionsmittel den Kapitalisten und Grundbesitzern gehören, die dafür den Hauptanteil am Ertrage der Arbeit des werktätigen Volkes für sich in Anspruch nehmen, so daß dem werktätigen Volke nur ein relativ kleiner Teil davon verbleibt. Gerade daraus resultieren die ständige Massenarmut und all die sozialen Nöte des schaffenden Volkes.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sagt also den werktätigen Massen offen und eindeutig: Wollt ihr aus der Not herauskommen, wollt ihr ein besseres Leben, so müßt ihr die parasitären Nutznießer eurer Arbeit, die Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, wirtschaftlich und politisch entmachten und



den Grund und Boden, die Fabriken und Rohstoffe in eure Hände nehmen. Gerade das wird in dem Wirtschaftsplan der SED sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese Erkenntnis im werktätigen Volke zu verbreiten und damit sein Verantwortungsbewußtsein für die Gestaltung seiner Zukunft zu steigern sieht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an.

Die Verantwortung, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit der Herausgabe des Wirtschaftsplans übernommen hat, legt ihr die Verpflichtung auf, alles daranzusetzen, diesen Plan zu verwirklichen. Dazu gehört vor allem, den werktätigen Massen die Bedeutung dieses Plans klarzumachen und auf allen Gebieten der Produktion das Höchstmaß der Leistung zu erreichen. Die SED nimmt es mit dieser Verantwortung sehr ernst. Darin liegt auch der Grund, warum auf der Tagung des Parteivorstandes der SED von dem Vorsitzenden Otto Grotewohl mit eindringlichen Worten die Rolle der Partei hervorgehoben und die sich daraus ergebenden Aufgaben auch im Verhältnis zu den anderen Parteien dargelegt wurden.

Die Ausführungen Otto Grotewohls scheinen in gewissen Kreisen der bürgerlichen Parteien völlig mißverstanden worden zu sein, indem sie als Anspruch auf eine Vor- und Alleinherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber den bürgerlichen Parteien gedeutet werden. Nichts ist irriger als eine solche Auslegung. Wer die Ausführungen Otto Grotewohls unvoreingenommen und richtig gelesen hat, findet darin den ausdrücklichen Hinweis, daß die Durchführung ausgeht von der Einheit der Arbeiter, von dem Bündnis der Arbeiter und der Bauern, der Kleinbürger und von der Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte. Die SED würde es mit großer Genugtuung begrüßen, wenn von den Vorständen der bürgerlichen Parteien in den Orten, Kreisen und Ländern sehr viel mehr Initiative in der Ausarbeitung von Vorschlägen für die demokratische Entwicklung der Wirtschaft und den Einfluß des werktätigen Volkes auf die Selbstverwaltung entfaltet und eine größere Anteilnahme an der Durchführung der gemeinsamen Aufgaben bekundet würden. Nur zu gern begnügt man sich mit der Kritik an den gegenwärtigen Zuständen und sucht oft sogar den Ein-

druck zu erwecken, als ob die SED für den Notstand verantwortlich wäre.

Wenn in der Presse der bürgerlichen Parteien mißbilligend die Entschiedenheit vermerkt wird, mit der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für die demokratische Umgestaltung der Wirtschaft und die Behebung des Notstandes des werktätigen Volkes eintritt und dafür klare Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreitet, so muß demgegenüber auf die Gefahr hingewiesen werden, die der Durchführung solcher Vorschläge gerade aus den Reihen der bürgerlichen Parteien erwächst. Innerhalb dieser Parteien drängen Personen und Personenkreise nach ihrer Führung, die nicht nur nicht einverstanden sind mit den in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten demokratischen Maßnahmen, wie der Bodenreform und der Schaffung volkseigener Betriebe, sondern die auch die Politik dieser Parteien grundlegend verändern wollen. Diese Bestrebungen rufen ernste Schwankungen in den Vorständen dieser Parteien hervor und stellen deren demokratische Zuverlässigkeit auf harte Proben.

Wir erheben keine Vorwürfe, wenn wir auf den Fall Jakob Kaiser in der CDU und auf die völlig reaktionäre Politik der CDU- und LDP-Fraktionen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verweisen. Die letzteren wurden an der Seite der sozialdemokratischen Fraktionen zu gefügigen Werkzeugen der amerikanischen Besatzungsmacht mit ihren Maßnahmen zur Zerreißung Deutschlands und der Versklavung des deutschen Volkes durch den Marshallplan. In der LDP-Fraktion führte es dazu, daß der verstorbene Vorsitzende der LDP, Dr. Wilhelm Külz, sich offen gegen diese Politik aussprach und aus seiner Fraktion ausschied. Kann man sich eine traurigere Entwicklung vorstellen als die des ehemaligen Vorsitzenden der CDU Jakob Kaiser? Nachdem er sich von der demokratischen Politik und der Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften in der sowjetischen Besatzungszone lossagte, wurde er an der Seite von Neumann und Swolinzky aus der SPD zu einem schamlosen Apostel und Agenten der amerikanischen Politik. Die von ihm geübte Vergewaltigung der Wahrheit und seine plumpe Lügenhetze gegen die Verfechter der Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedens sind die schlimmste Schädlingearbeit gegen das deutsche Volk.

Wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich erlaubt, die Vorstände der bürgerlichen Parteien vor den Gefahren zu warnen, die ihrer Politik durch solche Bestrebungen innerhalb ihrer Parteien drohen, so tut sie es aus dem ehrlichen Willen heraus, die gemeinsame Arbeit zu verstärken und die Kräfte innerhalb dieser Parteien zu unterstützen, die konsequent den bisherigen Weg der Zusammenarbeit weitergehen und den Kampf für die Einheit Deutschlands, für die Demokratie und für einen gerechten Frieden zum siegreichen Ende führen wollen.

Es geht um das Leben und die Zukunft unseres Volkes. Darum müssen die demokratischen und antifaschistischen Kräfte zusammenstehen und sich im edlen Wettbewerb bemühen, die besten Vorschläge für den demokratischen Wirtschaftsaufbau und für die Gestaltung des neuen, demokratischen und friedlichen Deutschlands vorzulegen. Es geht hierbei nicht um einen Konkurrenzkampf der Parteien, sondern um den bestmöglichen Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Die bisherige Zusammenarbeit im Deutschen Volksrat und in seinen Ausschüssen hat gute Resultate erbracht. Bei aller Freiheit der einzelnen Parteien in der Entwicklung ihrer eigenen Politik muß doch das Gemeinsame in ihren Bestrebungen zum Wohle des deutschen Volkes ihre Stellungnahme bestimmen. Das gilt insbesondere gegenüber dem von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgelegten Wirtschaftsplan, dem die größte Bedeutung in dieser Zeit zukommt, wo Feinde am Werke sind, die Einheit Deutschlands zu zerstören und es dem deutschen Volke unmöglich machen, aus seinem Notstand herauszukommen. Darum ist die unerschrockene Fortsetzung des Kampfes für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden und für die Verwirklichung des Wirtschaftsplans das Gebot der Stunde.

*„Tägliche Rundschau“, Berlin,  
6. Juli 1948.*

## Die Lehren aus der Entartung der jugoslawischen Parteiführung

Die Anteilnahme an den Klassenkämpfen in allen Ländern der Welt ist für einen Sozialisten Selbstverständlichkeit. Beschränkung auf die Fragen des eigenen Landes, Gleichgültigkeit gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung war stets ein Zeichen für das Abweichen von der Position des wissenschaftlichen Sozialismus, von der Lehre des Marxismus-Leninismus, und endete stets im Sumpf des bürgerlichen Nationalismus. Denn der wissenschaftliche Sozialismus, der allein die nationalen Probleme der Völker grundlegend lösen kann, ist zugleich tief internationalistisch. Daraus erklärt sich die aufmerksame Verfolgung und das leidenschaftliche Echo der jüngsten Entwicklung in Jugoslawien in der revolutionären Arbeiterbewegung der ganzen Welt. Mit großer Sorge und wachsender Empörung verfolgen die revolutionären Sozialisten aller Länder die Entartung der Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. In maßloser Selbstüberschätzung und eitlen Hochmut haben die Tito, Kardelj, Djilas und Ranković den Boden des Marxismus-Leninismus verlassen, haben eine nationalistische, antisowjetische und antimarxistische Linie bezogen und sind zu Verrätern des internationalen Sozialismus herabgesunken.

Die vorliegende Broschüre hat den Zweck, die deutschen Leser über die Vorgänge in Jugoslawien und die Entartung der jugoslawischen Parteiführer zu unterrichten. Wir wären jedoch schlechte Marxisten, wenn wir uns darauf beschränken würden, uns nur über die Ereignisse zu informieren und ein Urteil darüber zu fällen. Unsere wichtigste Aufgabe besteht darin, das vorliegende Material gründlich zu studieren, um daraus für unseren Kampf in Deutschland die entsprechenden Lehren zu ziehen.

Die Bedeutung der jugoslawischen Ereignisse für Deutschland wurde bereits in der Entschließung des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 3. Juli 1948 aufgezeigt. Der Verrat der jugoslawischen kommunistischen Führer

am internationalen Sozialismus, ihr Abgleiten in den Sumpf des kleinbürgerlichen Nationalismus ist für die deutsche Arbeiterbewegung eine besondere Warnung. Ist doch im deutschen Volke die nationale Überheblichkeit fest verwurzelt, die durch die chauvinistische Propaganda der Nazis in verhängnisvoller Weise vertieft wurde. Sie hat einen fruchtbaren Boden für den Revanchegedanken bereitet, der heute schon wieder durch die zügellose Hetze gegen die Sowjetunion, besonders durch die rechten sozialdemokratischen Führer, geschürt wird. Gegenüber dieser für das deutsche Volk besonders verhängnisvollen Hetze zeigt die vorliegende Broschüre, daß es keine fortschrittliche, geschweige denn sozialistische Bewegung geben kann, die sich nicht eng an die Sowjetunion als dem ersten Lande des siegreichen Sozialismus anschließt. Das größte Verbrechen der jugoslawischen Verräter besteht gerade darin, daß sie die entscheidende Rolle der Sowjetunion und ihrer Armee in der Niederschlagung des Faschismus und der Befreiung der Völker verneinen. In überheblichem Dünkel behaupten sie, sie hätten Jugoslawien ohne die Sowjetarmee befreit und könnten den Sozialismus ohne Hilfe der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der internationalen Arbeiterbewegung aufbauen. Nicht nur die Entwicklung in Frankreich, Italien und Griechenland, auch die Entwicklung in Deutschland hat eindeutig bewiesen, daß die demokratischen Kräfte nur dort voll zur Entfaltung kommen, nur dort mit den Kriegsschuldigen abrechnen konnten, wo die Sowjetunion die Einmischung des anglo-amerikanischen Monopolkapitals verhindert hat. Nur dank der Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht haben wir die fortschrittliche demokratische Entwicklung einleiten können, die uns gestattet, mit dem Zweijahrplan den Aufbau einer unabhängigen Friedenswirtschaft in Angriff zu nehmen.

Im Kampfe um die Durchführung dieses Planes können wir ebenfalls aus den Entartungen der kommunistischen Führer in Jugoslawien viel lernen. Wenn bei uns auch andere Bedingungen bestehen als in Jugoslawien, so gilt doch auch für uns, daß der demokratische Vormarsch den Klassenkampf nicht abschwächt, sondern verstärkt. Gewiß sind in der Ostzone Deutschlands die Junker und die Monopolkapitalisten entmachteten worden. Aber es

gibt doch immer Kapitalisten, die den demokratischen Vormarsch und besonders eine sozialistische Entwicklung mit allen Mitteln zu hemmen versuchen. Vor allem hat auch noch bei uns der Kapitalismus in der Landwirtschaft eine breite Basis. Denn ebenso wie in Jugoslawien wurde auch in der Ostzone der Grund und Boden durch die demokratische Bodenreform nicht nationalisiert, sondern es wurde neues Privateigentum geschaffen. Es wurde die Kleinproduktion gestärkt, die, wie Lenin sagte, „unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie“ erzeugt. Während die jugoslawischen Führer diese Leninsche Wahrheit vergaßen, leugneten sie die Verschärfung des Klassenkampfes, übersahen sie das Anwachsen der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft und träumten vom Hineinwachsen dieser Elemente in den Sozialismus. Denselben Fehler begehen jene deutschen Sozialisten, die ruhig zusehen, wie sich kapitalistische Großbauern in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und der VdgB einnisten, um sie für ihre ausbeuterischen Zwecke zu benutzen.

Andererseits zeigen die ultralinken Fehler der jugoslawischen Führer aber auch, wie unmarxistisch die Haltung mancher Genossen war, die 1945 gegen die Landaufteilung auftraten und verlangten, aus den enteigneten Gütern sofort Kollektivwirtschaften zu machen. Diese Genossen vertraten die gleiche abenteuerliche Politik, wie sie die jugoslawischen Führer betrieben, die den Sozialismus in der Landwirtschaft aufbauen wollen, ohne vorher die Voraussetzungen dafür geschaffen zu haben: den Aufbau einer sozialistischen Industrie und die Bildung eines festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Masse der werktätigen Bauern. Vor allem vergaßen sie ebenso wie die jugoslawischen Führer die marxistisch-leninistische Lehre, daß der Übergang der Bauernmassen zum Sozialismus nur freiwillig erfolgen kann. Diese Lehre, die vor allem von Friedrich Engels begründet wurde, galt nicht nur für Rußland, sie hat für alle Länder Gültigkeit.

Besonders wertvoll sind die Lehren, die wir aus den jugoslawischen Ereignissen für den Aufbau unserer Partei ziehen können. Die Entartung der jugoslawischen kommunistischen Führer zeigt uns, wohin es führt, wenn die Lehre von der füh-

renden Rolle der Partei aufgegeben und in der Partei Demokratie und Kritik unterbunden werden. Es führt unweigerlich zur Entartung der Partei und zur Aufgabe ihrer Ziele. Auch in Deutschland können wir nur vorwärtskommen, wenn die Partei es versteht, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Dies kann sie aber nur, wenn sie der Leninschen Lehre von der Partei treu bleibt, wenn sie bestrebt ist, eine wirkliche leninistische Kampfpartei zu werden. Der Parteivorstand hat diese Aufgabe mit aller Schärfe vor die ganze Mitgliedschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellt. In der Erfüllung dieser Aufgabe werden wir aus der Entartung der jugoslawischen Führer viel Nutzenwendungen ziehen können. Vor allem können wir daraus lernen, daß die Partei nur in der Atmosphäre entfalteter Kritik und Selbstkritik zu einer Partei neuen Typus heranwachsen kann.

Die jugoslawischen Parteiführer suchen der Welt vorzumachen, daß sie einen eigenen, neuen Weg zum Sozialismus entdeckt haben. Dieser Weg, den sie in maßloser Verblendung immer weiter gehen, führt sie direkt in die Arme der imperialistischen Räuber. Daraus ist die allgemeine Lehre zu ziehen, daß es trotz der verschiedenen Übergangsformen keinen besonderen nationalen Weg zum Sozialismus geben kann, der es ermöglicht, ohne Klassenkampf, unter Umgehung der politischen Macht der Arbeiterklasse, zum Sozialismus zu kommen. Es kann auch keinen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus geben. Es gibt nur einen Weg zum Sozialismus, den Weg des Klassenkampfes. Dieser Klassenkampf wird zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern verschiedene Formen annehmen, aber er ist ein revolutionärer Weg; ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus gibt es nicht. Der Weg, den die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Massen unter den verschiedenen konkreten Bedingungen der einzelnen Länder zum Sozialismus gehen wird, ist der Weg, den Marx und Engels, Lenin und Stalin gelehrt haben.

Berlin, den 22. August 1948.

## Frieden und Verständigung

*Rede auf der Kundgebung des Deutschen Volksrats auf der  
Leipziger Herbstmesse am 1. September 1948*

Wir, die drei Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrats, sind zu dieser Kundgebung für Frieden und Völkerverständigung gekommen, um an diesem Tage der traditionellen Friedenskundgebungen vor Ihnen über die Fragen zu sprechen, die von entscheidender Bedeutung für das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes sind.

Im Bewußtsein unseres ganzen Volkes steht die quälende Frage: Was wird aus Deutschland? Wird es endgültig in zwei Teile zerrissen, und soll es dadurch dem deutschen Volke unmöglich gemacht werden, aus der wirtschaftlichen Katastrophe herauszukommen, in die es von der Hitlerbande gestürzt wurde?

Mit der Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen Vertretern der vier Besatzungsmächte in Moskau sind im deutschen Volke wieder Hoffnungen auf eine Behebung des grauenhaften Notstandes aufgetaucht. Wir können nur wünschen, daß es bei diesen Besprechungen zu einer Verständigung kommt, aber auf der Grundlage des Abkommens, das im Juli 1945 von den vier Besatzungsmächten in Potsdam getroffen und wobei dem deutschen Volke die Einheit Deutschlands, ein demokratischer Friedensvertrag, eine selbständige Regierung und die Erlangung eines auskömmlichen Lebensstandards zugesichert wurden. Vor allem muß dem wirtschaftlichen Chaos in der Hauptstadt Berlin ein Ende gemacht werden, das durch die Doppelwährung mit Unterstützung der sozialdemokratisch-bürgerlichen Magistratesmehrheit in Berlin angerichtet worden ist.

Die Lage unseres Volkes ist besonders deshalb so schwer, weil sich die alliierten Mächte nicht über den dem deutschen Volke zu gewährenden Friedensvertrag verständigen können, obwohl schon mehr als drei Jahre seit dem Zusammenbruch der Hitlermacht vergangen sind. Während des Hitlerkrieges waren



sich die alliierten Mächte einig in der Aufgabe, gemeinsam Hitler zu schlagen und auch im Frieden zusammenzuarbeiten, um den Frieden sicherzustellen. Das wurde von ihnen, von Stalin, Churchill und Roosevelt, gemeinsam auf ihren Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam feierlich beschlossen.

Das Potsdamer Abkommen, an dem nicht mehr Roosevelt, sondern Truman beteiligt war, ist deshalb von der größten Bedeutung, weil es schon nach dem Zusammenbruch der Hitlerarmee getroffen wurde und dem deutschen Volke eindeutige Zusicherungen über seine wichtigsten Lebensfragen gemacht wurden. Aber diese Zusicherungen sind dadurch völlig in Frage gestellt, daß sich die drei westlichen Besatzungsmächte nicht mehr daran gebunden fühlen, sondern eine Politik eingeschlagen haben, die das Zustandekommen eines Friedensvertrages für Deutschland verhindert und durch die Deutschland zerrissen und der Westen Deutschlands wirtschaftlich ruiniert werden soll.

Auf der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember vorigen Jahres kam es wegen der Forderung des sowjetischen Außenministers, die Zusicherungen des Potsdamer Abkommens zur Grundlage des Friedensvertrages zu machen, zum offenen Bruch zwischen den Alliierten. Gegenüber der Forderung des sowjetischen Außenministers, die Einheit Deutschlands zu erhalten und dem deutschen Volke das Recht zuzusprechen, selbst seine Regierung zu wählen und seine Wirtschaft nach eigenem Ermessen aufzubauen, sowie die Besatzungstruppen ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages zurückzuziehen, ließen die alliierten Westmächte immer deutlicher erkennen, daß sie den Friedensvertrag durch ein Besatzungsstatut ersetzen und die militärische Besetzung Deutschlands auf sehr viele Jahre hinaus durchführen wollen.

Bei diesen Bestrebungen sind die Interessen maßgebend, die von dem amerikanischen Monopolkapital in Europa verfolgt werden, das nicht nur im Weltkriege ungeheure Gewinne im Umfange von 52 Milliarden Dollar gemacht hat, sondern das seine errungene wirtschaftliche Machtstellung dazu benutzen will, sich Europa zu unterwerfen. Die alte Monroedoktrin, daß Amerika den Amerikanern gehören soll, ist inzwischen durch die Trumandoktrin ersetzt worden, wonach Europa den Ameri-

kanern gehören soll. Der Streit der alliierten Mächte um die Gestaltung des Friedens in Europa geht darum, ob ein demokratischer Friede, wie es die Sowjetunion will, oder ein imperialistischer Friede nach dem Willen des amerikanischen Monopolkapitals zustande kommen soll.

Diesen Zusammenhang muß man sehen, um die Gefahr zu erkennen, die gerade Deutschland durch diese Politik droht. Die Vorbereitungen zu einem gewaltigen Raubzug des amerikanischen Monopolkapitals in Europa sind unverkennbar. Es ist nicht nur die Lügenhetze, die gegen die Sowjetunion unter dem Vorwand, daß sie die Welt verschlingen wolle, betrieben wird, sondern es ist das große Rüstungsprogramm und die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht in den Vereinigten Staaten von Amerika; es ist die Schaffung eines Militärbündnisses der europäischen Weststaaten — England, Frankreich und der Beneluxstaaten —, dem auch der deutsche Weststaat angeschlossen werden soll, und schließlich der Churchillsche Plan der „Vereinigten Staaten von Europa“, wodurch der nächste Weltkrieg gegen die Sowjetunion vorbereitet wird.

Aber es ist nicht nur der Krieg, von dem Deutschland durch das amerikanische Monopolkapital bedroht wird, sondern es sind auch die wirtschaftlichen Maßnahmen, mit denen die alliierten Westmächte gegen Deutschland vorgehen. Dazu gehört insbesondere der sogenannte Marshallplan, wonach durch die Gewährung von Krediten angeblich der wirtschaftliche Aufbau in Deutschland betrieben, aber in Wirklichkeit Deutschland in die schwerste Schuldknechtschaft und Abhängigkeit vom amerikanischen Dollarimperialismus gebracht werden soll.

Der Marshallplan bringt noch eine andere große Gefahr für das deutsche Volk, indem damit die Zerreißung Deutschlands durch die separate Währungsreform verbunden ist, die am 18. Juni in den Westzonen durchgeführt wurde. Zuerst sollten die Berliner Westsektoren davon ausgenommen werden, aber schließlich führten die alliierten Westmächte dieses Mittel der Zerreißung des Wirtschaftsgebietes auch für Berlin durch. Das hat zu großen wirtschaftlichen Nachteilen für die werktätigen Massen geführt, indem dadurch erhebliche Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Senkung des Reallohnes, ein Stoppen des Waren-

absatzes, Betriebseinschränkungen und Vermehrung der Arbeitslosigkeit eintraten. Wenn auch bei dem großen Anschwellen des Notenumlaufs eine entsprechende Abwertung unvermeidlich ist, so hätten die nachteiligen Folgen bei einer einheitlichen Durchführung der Währungsreform in ganz Deutschland durch eine entsprechende Produktionssteigerung in ganz Deutschland vermindert werden können. Aber gerade das will das amerikanische Monopolkapital nicht, das alles tut, um die deutsche Industrieproduktion zu drosseln.

Ich möchte nur auf die Lügenhetze von der angeblichen Blockade Berlins durch die sowjetische Besatzungsmacht und auf die sogenannte Luftbrücke mit der angeblichen Versorgung Berlins verweisen. Das ist Propaganda, allerdings eine recht kostspielige für das deutsche Volk. Es wird dabei das Vier- bis Sechsfache an Werten aus Berlin herausgeschleppt, als was eingeführt wird. Und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob in Berlin neben den sinnlosen Zerstörungen durch die Bombardierungen am Ende des Krieges durch die Amerikaner auch wirtschaftlich durch Ausfuhr und Demontage alles ruiniert werden soll, bevor die Amerikaner Berlin verlassen.

Wir zeigen dagegen den werktätigen Massen den Ausweg aus der Not und den Weg in eine bessere Zukunft. Aber dafür stellen wir auch die Forderung, daß das werktätige Volk selber Hand ans Werk legen muß, daß es kämpfen muß gegen die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte, für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden, für den wirtschaftlichen Aufbau und den aktiven Anteil der Arbeiter an der Steigerung und Verbesserung der Produktion. Nur durch die eigene Arbeit werden wir imstande sein, unsere Lebenshaltung zu verbessern und unsere Zukunft sicherzustellen.

Für die weitere Entwicklung der Produktion und der Versorgung der Bevölkerung wurde jetzt ein sehr bedeutsamer Schritt durch die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplans für das Halbjahr 1948 und für die beiden folgenden Jahre 1949 und 1950 getan, eine Arbeit, die von dem Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands der Öffentlichkeit unterbreitet wurde und mit deren Durchführung wir eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung des deutschen Volkes erreichen wollen.

Daß wir in der sowjetischen Besatzungszone diese Leistungen in der Entwicklung der Wirtschaft und in der Entfaltung demokratischer Einrichtungen aufzuweisen haben, hat seine Ursachen in der Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und in der Zusammenarbeit der bestehenden antifaschistisch-demokratischen Parteien — der SED, CDU und LDP — und der demokratischen Massenorganisationen, darunter vor allem der Gewerkschaften. Wenn auch bei den bürgerlichen Parteien mancherlei Vorbehalte gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen bestehen, so hat doch die vorhandene Einsicht in die Notwendigkeit, den Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte zur Zerreißung und Unterjochung Deutschlands den Kampf für die Einheit und einen gerechten Frieden entgegenzustellen, dazu beigetragen, in gemeinsamer Arbeit dem deutschen Volke bei der Durchführung seiner großen Aufgaben zu helfen.

Es sind reaktionäre Kräfte am Werk, die diese gemeinsame Arbeit zu stören versuchen und die bürgerlichen Parteien veranlassen wollen, sich dieser gemeinsamen Arbeit zu entziehen. Aber es ist zu hoffen, daß es den fortschrittlichen Kräften in diesen Parteien auch weiterhin gelingt, die Politik fortzuführen, mit der große Erfolge erzielt wurden. Diese Erfolge stehen im scharfen Gegensatz zu der Lage in den westlichen Besatzungszonen, wo die Führer der politischen Parteien, der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien, sich in völliger Abhängigkeit von den westlichen Besatzungsmächten befinden und auf deren Kommando den schlimmsten Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes begehen und die Lage des werktätigen Volkes fortgesetzt verschlechtern.

Dabei kommt der Parteiführung der Sozialdemokratie die größte Verantwortung zu. Sie ist es, die der Zerreißung Deutschlands durch die Bildung eines separaten Weststaates ihre Zustimmung gab, die den Marshallplan befürwortete, durch den Deutschland zur Kolonie des amerikanischen Monopolkapitals gemacht und die deutsche Wirtschaft zum Schaden besonders der werktätigen Massen ruiniert wird. Sie ist es, die durch ihre schamlose Hetze gegen die Sowjetunion den Kriegstreibern Vorschub leistet, und sie ist es, die durch ihre Hetze gegen die

Sozialistische Einheitspartei und gegen die Kommunisten die Verständigung der Arbeitermassen zum gemeinsamen Kampf und für die organisatorische Vereinigung zu verhindern sucht. Sie setzt die gleiche Politik fort, die innerhalb der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik zur Aufrichtung der Hitlermacht führte. Ja, die Politik Schumachers ist noch sehr viel gemeingefährlicher, weil sie der Zerreißung und der Unterwerfung Deutschlands unter das amerikanische Monopolkapital dient. Damit wird das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt.

Was jetzt im Westen Deutschlands mit der Schaffung einer Verfassung durch einen Parlamentarischen Rat vor sich gehen soll, ist eine freche Verhöhnung des deutschen Volkes. Offen wurde von dem amerikanischen Gouverneur Clay erklärt, daß diese Verfassung nur durch das zu erlassende Besatzungsstatut sanktioniert wird, durch das die 25jährige militärische Besetzung des separaten westdeutschen Staates erfolgen soll. Nach den Direktiven von Clay wird der Weststaat ein Föderativstaat sein, bei dem es den westlichen Besatzungsmächten ermöglicht wird, die Länder gegeneinander auszuspielen und zu willenslosen Objekten des Besatzungsstatuts zu machen.

Es wird von den Führern der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien in Berlin sogar der Versuch gemacht, Berlin zu zerreißen und die westlichen Besatzungssektoren als Anhängsel diesem Weststaat anzuschließen. Diese Politiker wiegen sich in der Hoffnung, daß sie unter dem Schutz der westlichen Besatzungsmächte sich jeden Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes erlauben können. Es wird die Zeit kommen, in der das werktätige Volk sich gegen diese Verbrechen gemeinsam erheben und diese Politiker zur Verantwortung ziehen wird. Daß dieser Zeitpunkt recht bald heranreift, dafür zu sorgen ist eine der großen Aufgaben, die wir in dieser Zeit zu erfüllen haben. Wir rufen dazu alle demokratisch-fortschrittlichen Kräfte in allen Besatzungszonen auf. Wir sind gewiß, daß in diesem Kampfe die gerechte Sache der deutschen Volkskongressbewegung, der Kampf um Einheit und gerechten Frieden siegen wird. Wir sind uns auch der Sympathien aller Demokraten und Friedensfreunde im Ausland sicher und wollen mit

ihnen gemeinsam für den Frieden und die Völkerverständigung kämpfen. Wir grüßen von dieser Stelle aus die Völker der Welt und vor allem die Völker der Sowjetunion. Wir fühlen uns mit ihnen verbunden in dem Geiste, der immer wieder auf den großen Kongressen durch die Vertreter des Sowjetlandes für Demokratie, Frieden und Völkerverständigung zum Ausdruck gebracht wird. In diesem Geiste werden wir auch das einheitliche, demokratische und friedliche Deutschland aufbauen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
2. September 1948.*

## Eine Anleitung zum Handeln

Das vor 10 Jahren unter Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) ausgearbeitete und vom Zentralkomitee gebilligte Werk „Geschichte der KPdSU(B)“, das als ein „Kurzer Lehrgang“ bezeichnet wird, ist ein Lehrbuch von allergrößter Bedeutung für die Mitglieder aller sozialistischen Parteien und für alle fortschrittlich denkenden Menschen. Das Werk gibt einen klaren Einblick in die Entwicklung dieser Partei und in die großen Resultate ihres weltgeschichtlichen Kampfes, durch den der Sieg des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde herbeigeführt wurde.

Als am Vorabend der bürgerlichen Revolution von 1848 das von Marx und Engels verfaßte „Manifest der Kommunistischen Partei“ erschien, verkündete es die Geburt des wissenschaftlichen Sozialismus. Von der Erkenntnis ausgehend, daß „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist“, wiesen Marx und Engels der proletarischen Klasse die Aufgabe zu, durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft jede Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer zu beseitigen. Die Waffe, mit der das Proletariat seine geschichtliche Rolle vollzieht, ist die politische Organisation der Arbeiterklasse, die revolutionäre Partei.

Die Geschichte der russischen Arbeiterklasse und seiner revolutionären Partei wird auf der Grundlage des historischen Materialismus als integrierender Bestandteil der Geschichte des Landes behandelt. Überzeugend wird dargestellt, wie das Bürgertum zur Erhaltung seiner Klassenexistenz aus Furcht vor der Revolution der Arbeiterklasse mit den alten feudalen Kräften paktierte und damit jede fortschrittliche Entwicklung einer Nation allein von der Kraftentfaltung der revolutionären Partei des Proletariats bestimmt wird. Klar weist die Geschichte des Bürger- und Interventionskrieges in den Jahren von 1918 bis 1922 nach, daß das Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft

den Widerstand der Ausbeuterklassen zu brechen und die nationale Existenz des Landes zu schützen und zu sichern vermag.

Die Geschichte der KPdSU(B) lehrt, daß das Proletariat nur im Kampf gegen jede Abweichung von der wissenschaftlichen Lehre des Sozialismus siegen kann. Lenin entwickelte die von Marx und Engels ausgearbeiteten Grundideen von der Rolle der Partei, von der Arbeiterklasse als der einzigen revolutionären Klasse, von der Notwendigkeit der Schaffung eines Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse und der Rolle des Staatsapparates und wandte die neu gewonnenen Erkenntnisse auf die besonderen Bedingungen der Epoche imperialistischer Kriege und proletarischer Revolutionen an.

Die Errichtung der Sowjetmacht ist der größte Triumph des wissenschaftlichen Sozialismus. Zum ersten Male in der Weltgeschichte vollzog sich eine geschichtliche Wandlung nach den 70 Jahre vorher von Marx und Engels ausgearbeiteten und von Lenin weiterentwickelten Grundsätzen. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat stellt die Krönung der leninistischen Lehre von der Hegemonie der Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution dar und leitete die Epoche des Sozialismus ein.

Jede Phase der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution lehrt, daß das Proletariat nur siegen kann, wenn es im Bündnis mit den werktätigen Bauern und Mittelschichten steht.

Die Existenz der Sozialistischen Sowjetunion ist heute die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung zum Sozialismus in allen Ländern. Die schonungslose ideologische und organisatorische Ausmerzungen aller konterrevolutionären Gruppen um Trotzki, Bucharin, Kamenew, Rykow und Tuchatschewski war eine entscheidende Voraussetzung zum Sieg der Sowjetmacht über die faschistischen Landräuber.

Wie der Marxismus kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln ist, so ist die „Geschichte der KPdSU(B)“ nicht nur ein hervorragendes theoretisches Lehrbuch, sondern eine scharfe wissenschaftliche Waffe des Klassenkampfes. Von besonderer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung ist das Kapitel über den dialektischen und historischen Materialismus. In prägnan-



tester Form werden die Grundfragen unserer Weltanschauung gestellt und beantwortet. Die Behandlung der Philosophie des kämpfenden Proletariats ist wissenschaftlich so gründlich und dabei so überzeugend dargestellt, daß sie immer wieder von jedem Sozialisten gelesen und ausgewertet werden muß.

Die Bedeutung der „Geschichte der KPdSU(B)“ ist in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei weitem noch nicht erkannt. Viele verantwortliche Funktionäre greifen zwar immer wieder bei der Behandlung grundsätzlicher Fragen auf dieses Werk zurück, aber die darin enthaltenen bedeutsamen Lehren sind leider noch nicht der Masse unserer Funktionäre und Mitglieder bekannt. Gerade in der jetzigen Situation kann unsere Partei aus der Geschichte der bolschewistischen Partei lernen, wie auch die siegreiche bolschewistische Partei immer wieder den zurückgelegten Weg überprüft, sich selbst korrigiert, begangene Fehler offen bekennt und die Partei von klassenfremden Elementen reinigt.

Immer sollen wir die Lehre Stalins beherzigen, daß in der engsten Verbindung mit den Massen die Wurzeln der Stärke einer revolutionären Partei liegen. In jeder Etappe des Kampfes wies Stalin darauf hin, daß der Klassenkampf nicht schwächer wird, sondern die absterbenden Klassen ihre vergifteten Ideologien in die Massen des Volkes und sogar in die Partei hineintragen und noch vor ihrem Untergang toll vor Wut um sich schlagen. Dasselbe gilt auch heute für Deutschland. Der Klassenfeind nutzt alle Möglichkeiten aus, um das werktätige Volk für seinen reaktionären Zweck zu mißbrauchen und gegen unsere Partei aufzuhetzen.

Es muß deshalb allen Funktionären und Mitgliedern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Pflicht gemacht und ihnen die Möglichkeit verschafft werden, die Geschichte der ruhmreichen Partei Lenins und Stalins gründlich zu studieren. Es gilt aus den Erfahrungen der Partei des siegreichen Sozialismus zu lernen, was von uns getan werden muß, um durch die ideologische und politische Arbeit der Partei die Masse des werktätigen Volkes für den Kampf gegen die imperialistischen Kriegshetzer und für die Sicherung des Friedens, der Einheit Deutschlands und für den Sozialismus zu gewinnen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
1. Oktober 1948.*

## Die ideologische Festigung der Partei

Die großen Aufgaben, die in der gegenwärtigen, sehr komplizierten Situation der SED gestellt sind, haben in der Partei die ernste Frage aufgeworfen, ob ihr organisatorischer, politischer und ideologischer Zustand so ist, daß sie diese Aufgaben zu erfüllen vermag.

Die allgemeinen Aufgaben der Partei bestehen darin, den werktätigen Massen stets eine richtige Einschätzung der Lage zu geben, die Kampffragen jeweils richtig zu stellen und die Organisierung und Führung des Kampfes zu übernehmen und ihn zum Siege zu führen.

Im Rahmen der allgemeinen Aufgabe kommt es darauf an, die reaktionären Kräfte wirtschaftlich und politisch zu entmachten. Auf der Tagesordnung steht der Kampf für die Einheit Deutschlands, für die Erlangung eines gerechten Friedens und für die demokratische Neugestaltung Deutschlands. Auch ist dringend erforderlich, das enge Bündnis mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern zu schaffen, um den Sieg der sozialistischen Kräfte gegenüber dem imperialistischen Lager zu sichern.

Die Kompliziertheit der Situation, in der diese Aufgaben erfüllt werden müssen, ergibt sich aus den Maßnahmen der imperialistischen Westmächte zur Zerreißung Deutschlands, durch die Bildung des separaten Weststaates und infolge der Durchführung der separaten Währungsreform, wie auch der plumpen Verleumdungen und frechen Kriegsprovokationen gegen die Sowjetunion. Es ist deshalb nur zu verständlich, wenn innerhalb unserer Partei mit aller Eindringlichkeit die Aufgabe der organisatorischen, politischen und ideologischen Festigung gestellt wird. Die Frage, ob wir eine marxistische Partei sind, ob die Mitglieder der Partei mit der Lehre des Marxismus-Leninismus bekannt sind, ob wir eine disziplinierte, standhafte, gegen

alle reaktionären Einflüsse gesicherte Partei, eine Partei neuen Typus sind, muß bei ernster Kritik und Selbstkritik verneint werden.

Es ist festgestellt, daß es dem Gegner gelungen ist, seine Agenten in unsere Reihen zu schicken, daß diese sogar Unterstützung in der Partei finden und daß die feindliche Propaganda erhebliche Verwirrungen in unserer Partei hervorgerufen hat. Es sei verwiesen auf die Bildung von Schumacher-Agenturen in unserer Partei, auf das Aufkommen antisowjetischer Stimmungen, auf die ungenügende Teilnahme unserer Mitglieder am Kampfe der Partei, auf das mangelnde Selbstvertrauen und auf die ernstesten Schwankungen bei der Durchführung unserer Aufgaben.

Bei der Beurteilung des ideologischen Zustandes unserer Partei müssen die ungünstigen Bedingungen berücksichtigt werden, unter denen im April 1946 in der sowjetischen Besatzungszone die Vereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herbeigeführt werden mußte. Die Dringlichkeit der Vereinigung ergab sich aus dem schnellen Anwachsen der Reaktion und der Notwendigkeit, ihr eine einheitliche Führung der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Diese beschleunigte Vereinigung ließ nicht die Zeit zu einer gründlichen ideologischen Vorbereitung im Geiste des Marxismus-Leninismus und eines ernstesten Kampfes gegen die revisionistischen und opportunistischen Auffassungen, deren Vertreter mit in die vereinigte Partei übernommen wurden. Es ist kein Zweifel, daß gerade diese Elemente zu den Schwankungen innerhalb der Partei beitrugen und sogar im Auftrage der Gegner Zersetzungsarbeit zu leisten versuchten. Die Partei hat aber begonnen sich von diesen Elementen zu befreien.

So erfolgte die Vereinigung nicht auf der klaren Grundlinie des Marxismus-Leninismus. Dieser Mangel mußte sich bei der weiteren Entwicklung der Partei und der Kompliziertheit der der Partei gestellten Aufgaben und der Zuspitzung des Kampfes immer stärker als ein großes Hemmnis auswirken. Gewiß erfolgte die Vereinigung auf Grund der vom Vereinigungsparteitag beschlossenen „Grundsätze und Ziele“, aber auch diese wurden nicht in ausreichendem Maße zum Gegenstand der Dis-

kussion und der Schulung der Mitglieder gemacht. Auch die von der Partei geleistete Schulungsarbeit erfaßte nicht in genügendem Maße die Mitgliedermassen der Partei. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nach der Vereinigung über eine halbe Million neuer Mitglieder in die Partei kamen, ohne daß genügend Aufmerksamkeit auf ihre marxistische Schulung gelegt wurde. Es steht also die Aufgabe vor der Partei, diesen Mangel an marxistisch-leninistischer Schulung und Erziehung mit aller Kraft zu beheben, um die führende Rolle der Partei in den bevorstehenden Kämpfen zu sichern.

Bei der Beurteilung des ideologischen Zustandes in der Partei müssen auch die Unterschiede berücksichtigt werden, die zwischen den ehemaligen sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern in der Kenntnis des Marxismus-Leninismus und der politischen Kampferfahrungen bestehen. Während in der Kommunistischen Partei seit ihrem Bestehen großes Gewicht auf das Studium des Marxismus-Leninismus, sei es in den Schulen oder individuell, gelegt wurde und ihre Mitglieder im Kampfe gegen die Reaktion politisch als Kämpfer erzogen wurden, wurden diese Aufgaben in der Sozialdemokratie nicht gestellt. Gewiß wurde in der Sozialdemokratie Bildungs- und Schulungsarbeit geleistet, aber gerade das, worauf es beim Kampfe gegen die Reaktion ankam, wurde völlig vernachlässigt. Der revolutionäre Inhalt des Marxismus wurde durch die revisionistischen Auffassungen verwässert und die Ergebnisse der großen wissenschaftlichen Forschungsarbeit Lenins und Stalins in der Fortentwicklung des Marxismus als eine angeblich russische Angelegenheit überhaupt aus der Schulungsarbeit ausgeschaltet. Es ist klar, daß dadurch die sozialdemokratischen Genossen ideologisch unausgerüstet und sogar mit abwegigen Auffassungen in die vereinigte Partei kamen. Daraus ergab sich auch eine gewisse Überlegenheit der kommunistischen Genossen, die auch in der Emigration und bei ihrem Aufenthalt in der Sowjetunion während der Hitlerzeit sich sehr viel mehr mit dem Studium des Marxismus-Leninismus und den großen Kampferfahrungen der Partei Lenins und Stalins und dem Aufbau des Sozialismus beschäftigten, als das den sozialdemokratischen Genossen möglich war. Diese ideologische und politische Überlegenheit

hat wohl dazu geführt, daß die ehemaligen Kommunisten mehr auf die verantwortlichen Posten innerhalb der Partei kamen, was vielfach so verstanden wurde, als sollten die sozialdemokratischen Genossen dabei überspielt und in den Hintergrund gedrängt werden. Das war aber in keiner Weise beabsichtigt. Die besseren Kenntnisse legten den ehemaligen Kommunisten wohl höhere Pflichten auf, aber gaben ihnen keinerlei Vorrechte gegenüber den ehemaligen sozialdemokratischen Genossen. Die in der Partei durchgeführte paritätische Besetzung der verantwortlichen Posten war ein Notbehelf, vermochte aber die ideologischen Unterschiede nicht zu beheben.

Es muß mit großer Genugtuung festgestellt werden, daß ein Teil der ehemaligen sozialdemokratischen Genossen sich in der letzten Zeit ernstlich bemühen, den Mangel an ideologischer Schulung zu beheben und sich mit dem Wesen des Marxismus-Leninismus und seiner Anwendung in der Praxis vertraut zu machen. Und es ist auch anzunehmen, daß die gegenwärtige Diskussion in der Partei dazu beitragen wird, die Parteimitglieder zum ernstesten Studium des Marxismus-Leninismus anzuspornen und das ideologische Niveau der Partei erheblich zu steigern. Dazu wird in nicht geringem Maße die weitere Verstärkung der Herausgabe marxistisch-leninistischer Literatur beitragen, insbesondere auch durch Erhöhung ihrer Auflage, um in weitestem Ausmaß die Mitglieder damit zu versorgen. Es ist bekannt, daß die Hitlerbande durch ihren Büchersturm es besonders auf die Vernichtung unserer klassischen Literatur abgesehen hatte und dadurch eine große Bildungslücke in unsere Arbeit gerissen wurde.

Die ideologische Festigung unserer Partei erfordert natürlich auch, daß eine ernste Überprüfung der Leitungen unserer Partei erfolgen muß und die fortgeschrittensten Genossen auf die verantwortlichen Funktionen der Partei kommen. Wir müssen die ideologische Diskussion mit aller Schärfe führen und dürfen nicht davor zurückschrecken, wenn sich aus dieser Diskussion auch organisatorische Maßnahmen zur Stärkung der Partei ergeben. Dabei soll selbstverständlich kein Unterschied gemacht werden, ob es sich um ehemalige Sozialdemokraten oder Kommunisten handelt. Wir müssen das Schwergewicht auf die marxistisch-

leninistische Erziehung aller unserer Mitglieder legen und werden uns besonders um jene Genossen bemühen, die bisher versäumten, sich mit der Lehre des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen. Es kommt darauf an, die ideologische Arbeit der Partei so zu verstärken, daß sie in jeder Situation — mag sie noch so schwierig und kompliziert sein — die richtige Entscheidung für den Kampf zu treffen vermag. Gerade hier liegt die große Verantwortung bei den obersten Organen der Partei, beim Parteivorstand und den Landes- und Kreisvorständen.

Die vom Parteivorstand in seinen letzten Tagungen gefaßten Beschlüsse über die Auswertung der Lehren aus der Novemberrevolution und der Weimarer Politik, über die Lehren, die sich aus der politischen und ideologischen Entartung der jugoslawischen Parteiführung und aus Abweichungen einiger Genossen in der polnischen Parteiführung ergeben, und über das Studium der „Geschichte der KPdSU(B)“ werden die Grundlage für die ideologische Festigung unserer Partei sein und müssen in allen Parteiorganisationen, auf den Parteischulen und im individuellen Studium gründlich durchgearbeitet werden. Auf der Parteikonferenz Anfang Dezember wird sich erweisen, ob unsere Parteiorganisation, Parteifunktionäre und Parteimitglieder die Bedeutung der ideologischen Festigung unserer Partei verstanden haben und Sicherheit dafür schaffen, daß die Partei befähigt wird, ihre großen historischen Aufgaben zu erfüllen.

*„Neues Deutschland“, Berlin,  
15. Oktober 1948.*

# Kampf um Deutschlands Einheit

Der Deutsche Volksrat wird auf seiner am 22. Oktober beginnenden Tagung den vom Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrats ausgearbeiteten Verfassungsentwurf beraten und ihn dann der öffentlichen Diskussion unterbreiten. In diesem Entwurf heißt es im Artikel 1:

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut.“

Weiter wird in dem gleichen Artikel über das Verhältnis der Republik und der deutschen Länder erklärt:

„Alle für den Bestand und die Entwicklung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit wesentlichen Fragen werden von der Republik, alle übrigen Fragen von den Ländern selbständig entschieden.“

Der Deutsche Volksrat erklärt sich grundsätzlich für die demokratische Einheit Deutschlands. Die Volkskammer, gewählt von allen Bürgern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, ist das höchste Organ der Republik. Die Volkskammer vereint in sich die gesetzgebende und die ausübende Gewalt. Alle Organe der Republik sind allein der Volkskammer verantwortlich.

Entgegen diesem klaren Bekenntnis des Deutschen Volksrats für die Einheit Deutschlands haben die westlichen Besatzungsmächte durch die Bildung des separaten Weststaates und durch die separate Währungsreform die Einheit Deutschlands zerschlagen. Sie wollen damit dem deutschen Volke die nationale Selbständigkeit nehmen und Deutschland zu einem Kolonialland machen.

Das Tiefbedauerliche an dieser Lage des deutschen Volkes ist, daß die Parteiführungen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien in den westlichen Besatzungszonen diese für das deutsche Volk verhängnisvolle Politik der westlichen Besatzungsmächte auf die Zerreißung und Kolonisierung Deutschlands

unterstützen und sogar durch ihre Hetze gegen die Sowjetunion dazu beitragen, den westlichen Teil Deutschlands zum Aufmarschgebiet für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu machen. Diese Parteiführungen begehen damit den schlimmsten Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Um das deutsche Volk von diesem Landesverrat abzulenken, wird ihm in Bonn durch den parlamentarischen Rat das Schauspiel einer sogenannten Verfassungsberatung vorgeführt. Hinter diesen Verfassungsmachern stehen die westlichen Besatzungsmächte, die ihre Macht rücksichtslos gegen das deutsche Volk gebrauchen. Es sei nur an die Suspendierung des Sozialisierungsgesetzes, beschlossen vom Landtag Nordrhein-Westfalen, und des Betriebsrätegesetzes, beschlossen vom Hessischen Landtag, erinnert. Selbst die bürgerliche Westpresse stellt fest, daß jedes von den Deutschen geschaffene Grundgesetz eine Illusion bleibt, da alle grundsätzlichen Entscheidungen ohne Unterschied der ausländischen Befehlsgewalt unterliegen. Offen wird von den Besatzungsmächten erklärt, daß das von ihnen erlassene Besatzungsstatut allein bestimmend ist für die Rechtslage des deutschen Volkes.

So steht vor dem deutschen Volk die Aufgabe, alle seine Kräfte zu sammeln zum entschlossenen Kampf für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden und für die demokratischen Grundrechte. Das deutsche Volk darf sich nicht durch die von den Westmächten durchgeführte Zerreißung Deutschlands von diesem Kampf abbringen lassen. Zu seinen schlimmsten Feinden gehören die Konzernherren und Junker, die im Westen Deutschlands mit den ausländischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern gemeinsame Sache gegen das deutsche Volk machen. Wenn verhindert werden soll, daß sie ihre alte Herrschaft wiederaufrichten, so müssen sie ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, ihres industriellen und landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes enteignet, ihr Besitz muß in die Hände des Volkes übergeführt werden. Nur durch diese Maßnahmen können die demokratische Einheit Deutschlands und der Friede gesichert werden.

Der Deutsche Volksrat sieht in der Organisierung und Führung des Kampfes für die Einheit Deutschlands eine seiner wichtigsten



Aufgaben. Mit der Annahme des Verfassungsentwurfes soll dem deutschen Volke der Weg zu einer friedlichen, demokratischen Entwicklung gewiesen werden. Die Verfassungsgrundsätze in die Massen des werktätigen Volkes zu tragen und um ihre Verwirklichung zu kämpfen, muß zur Hauptaufgabe aller demokratischen Kräfte in Deutschland in dieser Zeit gemacht werden, in der die westlichen Besatzungsmächte in Gemeinschaft mit den deutschen Monopolherren und den reaktionären Parteiführungen alles daransetzen, das deutsche Volk gegeneinander zu hetzen, seine Zerklüftung zu vertiefen und es damit unfähig zu machen, seine Wirtschaft aufzubauen und aus der Katastrophe herauszukommen, in die es von der Hitlerbande gestürzt wurde.

Das deutsche Volk darf sich von dem Kriegsgeschrei nicht bluffen lassen. Was die Kriegshetzer wollen und was sie können, sind zweierlei Dinge. Die Kräfte des Friedens sind stärker als die der Kriegsbrandstifter, wenn sie sich zu gemeinsamer Verteidigung des Friedens vereinen. Zu den Kräften des Friedens gehört die große Masse des werktätigen Volkes, zu ihrer Hauptstütze gehören die Große Sozialistische Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Je einheitlicher und energischer diese Front des Friedens gegen die Kriegstreiber auftritt, um so weniger wird es diesen gelingen, einen neuen Weltbrand zu entzünden. So ist auch die Einheit Deutschlands eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung des Friedens.

*„Deutschlands Stimme“, Berlin,  
24. Oktober 1948.*

## Die Sowjetunion als Besatzungsmacht

Das werktätige deutsche Volk steht vor der für sein Leben und seine Zukunft sehr ernsten Entscheidung, ob es den westlichen Besatzungsmächten in ihren Maßnahmen zur Zerreißung Deutschlands und Eingliederung in einen westeuropäischen Kriegsblock folgt oder sich den Bestrebungen der sowjetischen Besatzungsmacht auf Sicherung der Einheit Deutschlands und eines dauerhaften Friedens anschließt. Die Führer der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in den Westsektoren Berlins geben sich mit ihrer Agitation nicht nur die größte Mühe, die Volksmassen für den westlichen Weg zu gewinnen, sondern führen auch eine infame Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die mit ihr im Deutschen Volksrat verbundenen bürgerlichen Parteien und Organisationen wollen dagegen verhindern, daß das deutsche Volk sich für diesen verhängnisvollen Weg entscheidet, und suchen es den östlichen Weg, den Weg der Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion und den volkdemokratischen Ländern zu führen.

Der westliche Weg ist der Weg in die koloniale Versklavung durch den amerikanischen Dollarimperialismus, ist der Weg in einen neuen Weltkrieg, in die völlige Verwüstung Deutschlands und in das schlimmste Massenelend. Der östliche Weg ist der Weg des wirtschaftlichen Aufstieges, des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, der Entfaltung der Demokratie, ist der Weg zu einem besseren Leben und zum Sozialismus. Ist es nicht das schlimmste Verbrechen am deutschen Volke, wenn die westlich orientierten Parteiführer versuchen, die Volksmassen ins Verderben zu führen, und durch ihre Hetze gegen den Osten den imperialistischen Kriegstreibern in die Hände arbeiten? Ist es nicht die höchste nationale Tat, wenn die im Deutschen Volksrat verbundenen Parteien und Organisationen alles daransetzen, das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch auf das engste mit der sozialistischen Sowjetunion zu verbinden und die besten Beziehungen mit der

sowjetischen Besatzungsmacht zu unterhalten? Wohlverstanden, es soll mit dieser Fragestellung nicht der Irrtum aufkommen, als ob damit der Absperrung Deutschlands von den Ländern des Westens das Wort geredet würde. Nein, es geht bei dieser Fragestellung nur um die Entscheidung, ob das werktätige deutsche Volk den Bestrebungen der westlichen Besatzungsmächte oder den Bestrebungen der sowjetischen Besatzungsmacht folgen soll.

Es geht um die Frage der Vernichtung oder der Sicherung der Zukunft des deutschen Volkes. So ernst ist die Frage gestellt. Um sich volle Klarheit darüber zu verschaffen, braucht man sich nur einmal die Lage unseres Volkes vorzustellen, wenn zu den Besatzungsmächten nicht die sozialistische Sowjetunion gehörte, wenn die imperialistischen Besatzungsmächte allein über Deutschland zu entscheiden hätten. Es liegen genügend Beweise dafür vor, daß es den westlichen Besatzungsmächten, besonders der amerikanischen Besatzungsmacht, darauf ankommt, Deutschland als Industriestaat zu zerschlagen und vom Weltmarkt auszuschalten, das deutsche Volk zu versklaven und Deutschland zu einer Kolonie des amerikanischen Monopolkapitalismus zu machen. Nur durch den Widerstand der sowjetischen Besatzungsmacht und durch die in der sowjetischen Besatzungszone bereits durchgeführten demokratischen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen werden die westlichen Besatzungsmächte an der Durchführung ihrer imperialistischen Pläne gehindert. Das deutsche Volk hat es also der Sowjetunion und der sowjetischen Besatzungsmacht zu danken, daß es noch nicht zu Sklaven der westlichen Besatzungsmächte geworden ist. Noch besteht die Möglichkeit, von der sowjetischen Besatzungszone aus den Kampf um die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands zu führen. Hierbei hat das deutsche Volk die volle Unterstützung der Sowjetunion und der sowjetischen Besatzungsmacht.

Vor dem werktätigen deutschen Volke steht die ernste Entscheidung, ob es zulassen will, daß es zu der Katastrophe eines neuen Krieges kommt, der auf deutschem Boden ausgefochten und durch den Deutschland in eine völlige Trümmerstätte verwandelt werden würde. Noch liegt es in der Hand des werktätigen deutschen Volkes, diese Katastrophe zu verhindern, aber

dazu ist eine entschlossene Ablehnung der Bestrebungen der westlichen Besatzungsmächte und vor allen Dingen der Agitation der Führer der Sozialdemokratie und der westlich orientierten bürgerlichen Parteien, die die westlichen Besatzungsmächte bei ihren Bestrebungen unterstützen, notwendig. Weiter ist notwendig, daß sich das deutsche Volk eindeutig für den Weg entscheidet, der in der sowjetischen Besatzungszone von den demokratischen Parteien und Organisationen mit voller Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht eingeschlagen wurde, den Weg, auf dem den werktätigen Massen der entscheidende Einfluß auf die demokratische Neugestaltung Deutschlands verschafft, die nationale Selbständigkeit und eine auskömmliche Lebensexistenz gesichert werden soll.

Daß es sich nicht um bloße Versprechungen handelt, sondern eindeutige Beweise für ihre Realität vorliegen, mag noch an einigen Einzelheiten dargelegt werden. Die sowjetische Besatzungsmacht hat entsprechend dem von den alliierten Besatzungsmächten gemeinsam beschlossenen Potsdamer Abkommen konsequent die Zerschlagung der reaktionären, kriegslüsteren Monopolverbände, Kartelle und Truste in ihrer Zone durchgeführt. Sie hat gleichzeitig den demokratischen Kräften die Möglichkeit verschafft, selbst am Neuaufbau einer demokratischen Wirtschaft und Verwaltung tatkräftig mitzuwirken. Diese Besatzungspolitik der Sowjetunion stimmt völlig mit ihren eigenen innen- und außenpolitischen Zielen überein. Die sozialistische Sowjetunion will den Frieden. Als eine Regierung des werktätigen Volkes weiß sie, daß nur der Friede den Völkern Glück und Wohlstand verschafft, der Krieg dagegen immer nur Vernichtung von kostbaren Menschenleben und Sachgütern bringt. Entsprechend dieser Politik ist die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone dazu übergegangen, die Grundlage des Krieges und einer weiteren Aggression von deutscher Seite zu zerstören. Die großen Fabriken, Bergwerke, Banken, Versicherungsanstalten, Transportunternehmen wurden mit Zustimmung der demokratischen Organe in die Hände des Volkes übergeführt. Ebenso erfolgte die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und Naziaktivisten und die Aufteilung des enteigneten Bodens an die Landarbeiter und landarmen Bauern.

Von den westlichen Besatzungsmächten wurde zwar der Konzernbesitz, besonders die Rheinisch-Westfälische Eisenindustrie und der IG-Farbentrust, beschlagnahmt, aber ihre Besitzer nicht enteignet. Wo von den werktätigen Massen die Frage der Sozialisierung und des Kontrollrechts der Betriebsräte gestellt und diese Forderungen in den Parlamenten zu Beschlüssen erhoben wurden, annullierten die westlichen Besatzungsmächte diese Beschlüsse. Immer deutlicher tritt die Absicht hervor, die beschlagnahmten Betriebe ihren großkapitalistischen Besitzern wieder zurückzugeben, um mit ihnen halbpakt in der Ausbeutung der Betriebe zu machen. In dieser unterschiedlichen Stellungnahme zeigt sich der Gegensatz, der zwischen der sozialistischen Politik der Sowjetunion und der imperialistischen Politik der großkapitalistischen Westmächte besteht.

Auch in der Stellungnahme zur Staatsmacht kommt dieser Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen klar zum Ausdruck. Als Vertreter eines sozialistischen Landes orientierte sich die sowjetische Besatzungsmacht auf die Kräfte des werktätigen Volkes, auf die Arbeiter, Bauern und fortschrittliche Intelligenz. Die sowjetische Besatzungsmacht gab sofort den demokratischen Kräften die Möglichkeit, sich in Parteien und Organisationen zu sammeln und eine demokratische Erziehungsarbeit im ganzen Volke zu leisten. Selbstverständlich legte sie das größte Gewicht darauf, daß die Arbeiterklasse zu der führenden Kraft im demokratischen Staate wurde und von ihr die wichtigsten Funktionen in der Wirtschaft und in den Selbstverwaltungsorganen besetzt wurden. Die Arbeiter verstehen aus eigener Erfahrung am besten die für den Aufbau der Wirtschaft wichtigsten Grundsätze und wenden dabei die besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu. Natürlich erfordert diese Aufgabe die Heranziehung politisch zuverlässiger Fachkräfte aus den Reihen der fortschrittlichen Intelligenz. Auch erfordert die Sicherheit des Staates gegenüber den Versuchen reaktionärer Kräfte zur Störung des wirtschaftlichen Aufbaus den Ausbau einer Volkspolizei, die auf das engste mit den Interessen des werktätigen Volkes verbunden ist. Auch dazu wurde in der sowjetischen Besatzungszone eine gründliche Vorbereitung getroffen, wobei die Arbeiterschaft einen erheblichen

Anteil an der Zusammensetzung der Volkspolizei und an der Besetzung ihrer führenden Funktionen hat.

Im völligen Gegensatz zu dieser Orientierung der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Kräfte des Volkes bei der Besetzung der Wirtschafts-, Staats- und Polizeifunktionen steht die Politik der westlichen Besatzungsmächte. In den westlichen Besatzungszonen herrschen bereits wieder vollständig die alten Reaktionsäre, Großkapitalisten, Staatsbeamte und Nazioffiziere. Die westlichen Besatzungsmächte wollen einen den Imperialisten hörigen Wirtschafts- und Staatsapparat und eine Polizei, die sich zum Kampf gegen die Arbeiterschaft gebrauchen läßt.

Die fortschrittliche Politik der sowjetischen Besatzungsmacht im Gegensatz zu den Westmächten zeigt sich auch darin, daß sie alle Bestrebungen zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung und Herbeiführung ihrer Einheit unterstützt. Die traurigen Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterschaft mit ihrer Spaltung durch die reformistische Politik in der alten Sozialdemokratie gemacht hat und die den Sieg des Faschismus ermöglichte, haben in der sowjetischen Besatzungszone dazu geführt, daß sich die beiden Arbeiterparteien, die Kommunisten und die Sozialdemokraten, in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigten. Es entspricht durchaus dem reaktionären Charakter der Politik der westlichen Besatzungsmächte, daß sie das Zustandekommen der Einheit der Arbeiterbewegung mit allen Mitteln aufzuhalten versuchen und die in ihrem Solde stehenden reformistischen Führer der Sozialdemokratie dazu antreiben, den Kampf gegen die Einheit mit den schäbigsten Mitteln zu führen.

Aber es geht nicht nur um die Einheit der Arbeiterbewegung, es geht auch um die Einheit Deutschlands. Unter dem Einfluß der Sowjetregierung, insbesondere Stalins, wurde in dem Potsdamer Abkommen dem deutschen Volke die Erhaltung der Einheit Deutschlands zugesichert. Als aber die westlichen Besatzungsmächte erkannten, daß ihre imperialistischen Pläne auf die Kolonisierung Deutschlands an dem Widerstande der Sowjetunion scheiterten, zerrissen sie nicht nur das Potsdamer Abkommen, sondern auch die Einheit Deutschlands. Mit Unterstützung der sozialdemokratischen Parteiführer wurde der separate Weststaat geschaffen, der zum Aufmarschgebiet und zur Rüstungsschmiede

des neuen Krieges dienen und Deutsche gegen Deutsche treiben soll. Demgegenüber führt die sowjetische Besatzungsmacht eine konsequente Politik für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens, sie fordert einen beschleunigten Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und daß nach Jahresfrist die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückgezogen werden. Die Westmächte dagegen wollen dem deutschen Volke ein Besatzungsstatut aufzwingen, wonach Deutschland noch für fünfundzwanzig Jahre militärisch besetzt und ihm jedes nationale Selbstbestimmungsrecht genommen wird. Unter dem heuchlerischen Angebot, daß dem deutschen Volke durch den sogenannten Marshallplan eine Hilfe für den wirtschaftlichen Aufbau verschafft werden soll, sollen ihm Bedingungen auferlegt werden, die ihm jede Freiheit in der Ausgestaltung seiner Wirtschaft und der sozialistischen Entwicklung nehmen.

So sind die Kampffragen für das werktätige deutsche Volk klargestellt. Es würde Selbstmord begehen, wenn es sich durch die Parteiführer der Sozialdemokratie und der westlich orientierten bürgerlichen Parteien dazu verleiten ließe, den westlichen Besatzungsmächten zu folgen und sich gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu wenden. Es sind in der sowjetischen Besatzungszone noch große Aufgaben in der Überwindung der vorhandenen Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten zu erfüllen. Aber es geht auf diesem Wege vorwärts, im Gegensatz zu der Entwicklung im Westen Deutschlands, wo die Schwierigkeiten immer größer werden. Das werktätige Volk hat in der sowjetischen Besatzungsmacht einen Freund, während ihm in den westlichen Besatzungsmächten der Klassenfeind gegenübersteht. Mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht wird das deutsche Volk seine Aufbaukräfte entwickeln und ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland schaffen. Im Bunde mit der sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern und mit den demokratischen Volksmassen der großkapitalistischen Länder des Westens wird das deutsche Volk gemeinsam den Weg zur Zerschlagung der imperialistischen Kriegspläne und zur Sicherung des Weltfriedens gehen.

„Neues Deutschland“, Berlin,  
7. November 1948.